

# Gewerkschaftliche Monatshefte 4'85

Aus dem Inhalt:

8. Mai 1945 – 40 Jahre danach

Befreiung – Zusammenbruch – Neuaufbau – Restauration

Gewerkschaftlicher Wiederaufbau am Beispiel der Gründung  
der Gewerkschaft NGG

„Was wäre ohne uns?“ – Zum Engagement der „alten“ und  
„neuen“ Betriebsräte nach 1945

Anfang vor dem Ende: Die Neugründung von Gewerkschaften  
und das Wiederentstehen von Betriebsräten in März/April 1945

Mit Beiträgen von:

Helga Grebing, Christoph Kleßmann, Willy Buschak,  
Alexander von Plato, Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer

»Die Gewerkschaftlichen Monatshefte sollen ein Diskussionsorgan  
sein, in dem Gewerkschafter und Vertreter der Wissenschaft,  
Vertreter unseres Sozialpartners wie des öffentlichen Lebens  
Gelegenheit haben, in eingehender Diskussion

ung der  
ans Böckler

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG  
BIBLIOTHEK  
GODESBERGER ALLEE 149  
5300 BONN 2

Bund-Verlag  
5 Köln 90 - Postfach

	Inhalt	Seite
	Stichwort: 8. Mai 1945	193
	Helga Grebing: Warum an den 8. Mai 1945 denken?	
Christoph Kleßmann	Deutschland nach 1945: Befreiung – Zusammenbruch – Neuaufbau – Restauration	199
	Die Bundesrepublik tut sich schwer, mit dem „sperrigen Gedenktage“ 8. Mai 1945 umzugehen. Je nach Erfahrung, Generationsprägung und politischer Einstellung werden mit diesem historischen Datum enttäuschte Hoffnungen über das, was in den ersten Jahren nach Kriegsende Realität und Geschichte geworden ist, wieder wach oder werden Lobeshymnen auf die unbestreitbaren Erfolge des Wiederaufbaus gesungen. Dementsprechend unterschiedlich fallen auch die Lehren aus dieser Zeit für die Zukunft aus.	
Willy Buschak	Der Aufbau der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten	212
	In den seltensten Fällen ging die Neugründung der Gewerkschaften nach 1945 von den Betrieben aus. So fand sich auch im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zunächst nur ein kleiner Kreis alter Funktionäre zusammen, die ihre Verbindungen während der Nazizeit aufrechterhalten hatten. An Schwierigkeiten beim gewerkschaftlichen Wiederaufbau mangelte es nicht: das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe lag fast völlig darnieder, Vorbehalte vieler Arbeitnehmer gegen die Gewerkschaften waren ebenso abzubauen wie die Beschränkungen der Besatzungsbehörden.	
Alexander von Plato	„Was wäre ohne uns?“ – Betriebsräte nach 1945	221
	Ungeheure Probleme der Zerstörung, wirtschaftliche Not, verstreute Belegschaften und zerrissene Familien kennzeichneten die ersten Nachkriegsjahre. In dem enormen Einsatz, den vor allem die „alten“ Betriebsräte, die schon in der Weimarer Republik im Amt waren, bei der Instandsetzung der Betriebe, der Ankurbelung der Friedensproduktion und der Überzeugungsarbeit „vor Ort“ zeigten, verband sich nicht nur die Hoffnung auf Beseitigung dieser Mißstände, sondern auch auf den Aufbau einer neuen demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.	
	Anfang vor dem Ende: Die Neugründung von Gewerkschaften und das Wiederentstehen von Betriebsräten in März/April 1945 – Zwei Beispiele	233
	Ulrich Borsdorf: „Ein großer Tag für die deutschen Arbeiter“. Die Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Aachen“ am 18. März 1945.	234
	In Aachen, der ersten vom Nationalsozialismus befreiten Stadt, gelang noch vor Kriegsende die Gewerkschaftsgründung. Sie steht als <i>ein</i> Beispiel dafür, wie die Wiedergründung der Gewerkschaften verlaufen konnte.	
	„... als wenn die Betriebe unser wären“ – Eine „Betriebsrätekonferenz“ in Bochum im April 1945 (Hans O. Hemmer)	248
	Protokoll der Konferenz vom 23. April 1945 in der Anlernwerkstatt der Zeche Prinzregent, Bochum.	251

# Gewerkschaftliche Monatshefte 4'85

## Stichwort: 8. Mai 1945

### Helga Grebing: Warum an den 8. Mai 1945 denken?

Prof. Dr. Helga Grebing, geb. 1930 in Berlin, ist Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen.

#### I.

Die Besiegelung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht zwischen dem 7. und dem 9. Mai 1945 setzte der Herrschaft der nationalsozialistischen terroristischen Diktatur über große Teile Europas ein Ende. Für jene Länder, die von Hitlers Armeen erobert und besetzt worden waren, bedeutete dies „Befreiung“. Auch für die Deutschen? Für sie war der 8. Mai 1945 (auf dieses Datum hat man die verschiedenen Phasen des Kapitulationsvorganges konzentriert) der Tag der erneuten militärischen „Niederlage“ des 1871 gegründeten Reiches, war er der Tag des „Zusammenbruchs“ des „Dritten Reiches“. Aber konnte er auch der Tag der „Befreiung“ sein, nachdem bis zuletzt der größte Teil des deutschen Volkes in beispielloser Opferbereitschaft wenn nicht für die nationalsozialistische Diktatur, so doch für die Erhaltung seiner Lebensräume und Überlebensbedingungen eingestanden war? Selbst jene Minderheit unter den Deutschen, die diesen Tag als den Tag ihrer Befreiung von Verfolgung und Todesdrohung begrüßten, mußten bald einsehen, daß die Streitkräfte der Siegermächte Deutschland nicht besetzten „zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegten Feindstaat“. In dieser Absicht spiegelte sich eine ganz andere Niederlage wider: Die deutschen Antifaschisten hatten sich nicht selbst bzw. ihr Volk vom Nationalsozialismus befreit, und so wurden auch sie den Feinden, die besiegt worden waren, zugeordnet.

Am 8. Mai 1945 konnte es unter den Deutschen kein Einverständnis darüber geben, wie dieser Tag historisch zu bewerten war. Da gab es diejenigen, die am Krieg teilgenommen und unter meist großen Opfern und häufig subjektiv ohne Schuld der nationalsozialistischen Diktatur gedient hatten und die nun – oft verwundet, krank, gefangen – nach einem Sinn für die verlorenen Jahre ihres Lebens suchten. Da waren die Ungezählten, die ihre Männer, Frauen, Kinder, Eltern oder Geschwister im Krieg verloren hatten, sie für vermißt, verschollen, umgekommen halten mußten und nicht einsehen konnten, daß der Tod der Nächsten umsonst gewesen sein sollte. Und dann die, die aus ihrer Heimat geflüchtet oder vertrieben worden waren – nicht nur unter Verlust ihrer gesamten Habe, sondern oft auch eines Teiles ihrer Familie, und dies unter grauenhaften Umständen. Sie alle standen jenen gegenüber, die als deutsche Patrioten und europäische Humanisten in Deutschland oder in der Emigration zwölf Jahre lang den Tag ihrer Befreiung herbeigesehnt hatten und die zuletzt in der militärischen Niederlage den einzig übrigbleibenden Weg zur Befreiung Deutschlands, ja Europas und der ganzen Welt vom Nationalsozialismus sahen; jenen, die als Gegner des Nationalsozialismus oder weil sie Juden, Zigeuner und andere Minderheiten waren, verfolgt, verurteilt, gefoltert und deportiert worden waren; und schließlich jenen, die den Tod ihrer Angehörigen in den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und Gaskammern zu beklagen hatten.

Wenige Deutsche begriffen damals, daß der 8. Mai 1945 kein Tag der nationalen Schmach und Schande war, nicht die „dunkelste Stunde“ der deutschen Geschichte, sondern die Chance zu einem Neubeginn unter Berufung auf die geschichtlichen Traditionen des „anderen Deutschland“, zu dem sich abgebrochene Entwicklungen und erfolglos gebliebene Alternativen zur realen historischen Entwicklung sowie Protest und Widerstand gegen den Abfall der Deutschen in die Barbarei zusammenfassen lassen. Für die meisten Deutschen (ausgenommen die bis zuletzt bekenntnistreuen Nationalsozialisten) hat der 8. Mai 1945 die Stunde des großen Aufatmens gebracht. Millionen Deutschen gab dieser Tag die Zuversicht, daß nun bedrohtes Leben auf den Schlachtfeldern, in den Bombenkellern und Gestapoverliesen gerettet war. Viele waren wie betäubt, aber sie wußten: „Wir leben“ – ein wie zweifelhafter Wert diese Existenz in diesem Augenblick auch sein mochte. Für Millionen Deutsche im Osten bedeutete der 8. Mai den Anfang von neuem Leid, und für die meisten von ihnen war es damals schwer, ja unmöglich, einzusehen, daß dieses neue Leid die Folge des von den Nationalsozialisten provozierten Zweiten Weltkrieges war. Der jahrelang aufgestaute Haß gegen die deutschen Aggressoren entlud sich nun stellvertretend auf sie. Auch für Millionen deutscher Kriegsgefangener, besonders in der Sowjetunion, war das Leid noch nicht zu Ende: von den drei Millionen in der Sowjetunion fand eine Million den Tod (von den 5,7

Millionen russischer Kriegsgefangener in Deutschland waren es mehr als 3,7 Millionen).

Es gab auch viele Deutsche, die damals zwar vom Nationalsozialismus befreit worden sind, aber nicht frei wurden im Sinne ihrer Auffassung von einem humanen Leben, sondern bald wieder unter eine neue Diktatur gezwungen wurden (doch auch dieses Schicksal traf nicht nur die Deutschen, sondern auch andere europäische Völker). Gerade für Widerstandskämpfer aus den sozialdemokratischen und linkssozialistischen Reihen mußte eine von der Vorstellung der Kollektivschuld aller Deutschen inspirierte Besatzung als nur sehr unzulängliche Befreiung verstanden werden. Es wäre jedoch falsch, ihre Opposition gegen die bornierte Verständnislosigkeit der westlichen Alliierten und gegen den oft gewaltsamen Rigorismus der östlichen Besatzungsmacht zum Widerstand gegen die Militärdiktatur hochzustilisieren. Gerade weil auch sie den Kampf gegen den Nationalsozialismus und für ein freies demokratisches und sozialistisches Deutschland mit dem 8. Mai 1945 als noch keineswegs beendet ansahen, erwarteten sie, als Träger und Garanten des anderen, des neuen Deutschland auf größeres Verständnis für ihre Leistungen zu stoßen, als es tatsächlich der Fall war. So wehrten sie sich dagegen, in den Sog einer Pauschalverurteilung der Deutschen hineingezogen zu werden. Überzeugt davon, daß der Nationalsozialismus eine große Verwirrung im Bewußtsein der Deutschen, vor allem der jüngeren unter ihnen, hinterlassen hatte und es deshalb den alten Feind im Inneren immer noch gab, fürchteten sie, daß unsinnige Demütigungen und übertriebene Forderungen durch die Siegermächte dem deutschen Nationalismus neues Wasser auf seine alten Mühlen geben würde und sie daran hindern könnte, die Mehrheit des deutschen Volkes für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit und für eine Politik der internationalen Verständigung zu gewinnen.

## II.

Man hat zeitgleich den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich so schnell, so umstandslos, so wenig betroffen und erschüttert dem neuen Regime der Besatzungsmächte gebeugt hätten, und man hat dies als ein Zeichen für die Verdorbenheit des deutschen Volkscharakters ansehen wollen. Aber für viele Deutsche war die Einsicht nicht von der Hand zu weisen, daß man die neuen Chancen des Überlebens nicht durch eigene Kraft erreicht hatte, sondern daß man seinen Lebens- und Wirkungsraum dem Willen und der Erlaubnis der Besatzungsmächte zu verdanken hatte. Man hat die Deutschen alsbald auch für unfähig gehalten zu trauern, da sie sich in ihrer übergroßen Mehrheit auch durch die ihnen nun vollends als unabweisbar bekanntgewordene Realität der nationalsozialistischen Massenvernichtungen kaum erschüttert zeigten. Aber

um die gebotenen Chancen des Überlebens in dem durch Not und Erbärmlichkeit gekennzeichneten, durch unzählige Widersprüche zerklüfteten Nachkriegschaos zu ergreifen, bedurfte es offensichtlich der Kräfte der Abschottung und Verdrängung, erlag man schnell dem vordergründigen Vergessenwollen und flüchtete man in eine fiktive Normalität. Dies alles geschah bestimmt zum Nachteil einer offensiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die der zweiten deutschen Republik ein festes Fundament und eine unerschütterliche Stabilität hätte geben können. So wurde gleich ein Stück vom neuen Anfang nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur verpatzt: ein ehrlicher Antifaschismus.

Das Überzeugendste, was viele Deutsche aus ihrer desolaten Lage damals gemacht haben mit positiven Folgewirkungen für die zukünftige Gestaltung der allgemeinen Lebensbedingungen, war, nicht jubelnd vom Aufbruch zu neuen Ufern wie nach anderen Zäsuren der deutschen Geschichte zu sprechen, sondern, der Mahnung des Philosophen Karl Jaspers folgend, „harte Arbeit auf lange Sicht, mit wenig Hoffnungen auf unmittelbares Glück“ zu verrichten. Seither gehört es zu den ermutigenden Erinnerungen an diese Zeit nach dem 8. Mai 1945, daß es angesichts einer unfäßbar erscheinenden Katastrophe Menschen gegeben hat, die einen beispiellos gebliebenen Lebensmut besessen haben.

Manche Historiker haben damals gemeint, der Nationalsozialismus habe alle deutsche geschichtliche Tradition zerstört, so daß man sich nicht mehr auf sie berufen könne (und auch heute meinen manche Historiker dies genauso und empfehlen, die geforderte neue Identität der Bundesrepublik anders zu begründen). Einige Historiker vertraten nach 1945 sogar die Auffassung, daß die deutsche Geschichte von Anfang an „verdorben“ gewesen sei und der Nationalsozialismus als Ausdruck einer geistig-seelischen Erkrankung des deutschen Volkes gedeutet werden müsse. Nun gab es zwar Fehlentwicklungen und falsche Weichenstellungen in der deutschen Geschichte, aber eine schlüssige Kausalkette, die zum Nationalsozialismus und zum „Dritten Reich“ geführt hat, ist nicht nachzuweisen.

Wohl aber setzte das Ende der nationalsozialistischen terroristischen Diktatur fixe Endpunkte für die deutsche Geschichte: Seither gibt es kein „Deutsches Reich“ mehr, der Mythos vom Großdeutschen Reich, dem Konservative und Nationale angehangen hatten, war zerstört; der Traum von der großen deutschen demokratischen Republik, den die Linken geträumt hatten, ebenso. Deshalb haben zwar die deutschen antifaschistischen demokratischen Sozialisten damals gefordert und sich dafür eingesetzt, daß Deutschland als staatliche Einheit erhalten bleiben sollte, aber sie taten dies nicht, weil sie Nationalisten

oder Chauvinisten oder „linke Patrioten“ (wie es sich heute neue linke Leute von rechts vorstellen) gewesen sind. Sie sahen vielmehr die Erhaltung der deutschen Einheit als die beste Voraussetzung für den demokratisch-sozialistischen Weg Europas an und fürchteten, daß eine Teilung Deutschlands den altnationalistischen Konservativen in ganz Europa wieder Oberwasser geben würde. Auch für Kurt Schumacher, der heute oft als Gallionsfigur für einen linken Patriotismus in Anspruch genommen wird, bedeutete das „nationale Moment“ nicht den Ausgangspunkt für Machtstaatspolitik, sondern es war für ihn eine Sache der „Selbständigkeit der Kultur“. Das Ziel ihres Bemühens hieß für alle demokratischen Sozialisten 1945, zu einem europäischen Internationalismus demokratisch-sozialistischer Prägung zu gelangen, um Europa, das seine Vormachtstellung in der kapitalistischen Welt endgültig verloren hatte, als dritte Kraft, als demokratisch-sozialistisches Zentrum eine neue, dem Frieden in der Welt dienende Wirkungskraft zu geben.

### III.

Vierzig Jahre nach der Kapitulation gäbe es genügend Voraussetzungen dafür, daß alle Deutschen in der Bundesrepublik den 8. Mai 1945 als den Tag ansehen könnten, der das furchtbarste Kapitel der jüngeren Geschichte Europas beendet hat. Sie könnten sich darüber verständigen, daß die Herrschaft des Nationalsozialismus zwischen Bergen-Belsen und Auschwitz mit der Besetzung Deutschlands durch die antifaschistische Kriegskoalition ihr erwünschtes Ende gefunden hat. Es dürfte unter ihnen keinen Zweifel mehr darüber geben, wer den Zweiten Weltkrieg begonnen hat, und darüber, daß dieser Krieg, durch ein verbrecherisches System und seine Funktionäre ausgelöst, gar nicht anders enden konnte. Wir wissen heute auch, daß noch niemals ein Führer sein Volk so dilettantisch in den Tod getrieben hat wie Hitler, der auszog, den deutschen Lebensraum zu erweitern, und am Ende Millionen Deutsche ihrer vielhundertjährigen Heimat beraubte und das deutsche Staatsgebiet auf ein Minimum reduzierte. Er hat das deutsche Volk in einen totalen Krieg gepreßt mit der Folge wachsender Verzweiflung und Angst vor der Katastrophe und zum Schluß nur noch zynische Worte für dieses Volk gefunden: es habe sich eben „als das schwächere erwiesen“.

Es waren die Nationalsozialisten selbst, die die Elendsmodelle für die Behandlung des deutschen Volkes nach 1945 vorgegeben haben mit ihrer Politik der Zwangsumsiedlung, der Nationalitätenbereinigung und der Auslöschung ganzer Völker oder doch dem Versuch dazu. Die antifaschistischen Kriegsbündnispartner haben, als Hitler ihren Völkern und dem eigenen Volk den totalen Krieg aufzwang, daraus den Schluß gezogen, daß dann ihr Sieg auch ein totaler sein müsse, woraus aus deutscher Sicht die totale Niederlage wurde:

Deutschland, bar aller Einwirkungsmöglichkeiten, wurde zum Objekt der internationalen Politik, und jede deutsche Hegemonie hatte für immer ihr Ende gefunden. Diese Niederlage ist nicht über uns gekommen wie ein Schicksalsschlag, sondern war das Ergebnis einer von vielen Deutschen mitzuverantwortenden verfehlten Politik, die vor allem den Russen und Polen (und nicht etwa den Deutschen allein) unermeßliches Leid zugefügt hat. Auf der Basis solcher Einsicht könnte der 8. Mai 1985 ein Tag der ehrlichen Inventur sein; und er könnte beides sein: ein Feiertag der Befreiung oder vielleicht weniger plakativ – der erleichternden Erinnerung, daß die nationalsozialistische Herrschaft über Europa ihr erwünschtes Ende fand; aber auch ein Trauertag, wenn man daran denkt, daß Millionen Menschen geopfert wurden, das Reich zerschlagen wurde, die Ostgebiete verloren gingen, die Nation geteilt wurde; ein Trauertag aber auch, weil wir erst besiegt werden mußten, um befreit zu werden.

Dies alles könnte von allen Deutschen in der Bundesrepublik dem 8. Mai 1945 und dem 8. Mai 1985 an Bedeutungen und Bewertungen zugeschrieben werden. *Könnte*, denn statt dessen zeichnen sich die durch ökonomische Prosperität, materiell ausgestattetes Selbstbewußtsein und moralinsaure Gesundheitsbetriebe verklebten Risse im angeblichen Konsens über die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Bewertung des Nationalsozialismus für die deutsche Geschichte deutlicher denn je ab. Die Mottos des Schlesier-Treffens, das eine wie das andere, suggerieren zumindest, daß die gegenwärtige europäische Ordnung weiterhin als Provisorium, als Durchgangsstadium zu etwas anderem, am alten europäischen Staatensystem Orientiertem betrachtet wird. Die Vorstellung, die vermittelt wird, als stünde eine Revision der Beschlüsse von Jalta an, durch die angeblich Europa gespalten und der übermächtige Einfluß der Sowjetunion in Europa begründet wurde, verkennt, daß für das Ende des alten Europa in erster Linie die nationalsozialistische Aggression verantwortlich zu machen ist. Die legitimen Hinweise auf den alliierten Bombenkrieg gegen Deutschland, der gewiß schlimme Fall Dresden, die berechtigte Erinnerung an das grauenvolle Schicksal von deutschen Flüchtlingen und Kriegsgefangenen gerät durch die Penetranz des Auftischens doch wieder nur zur Gegenrechnung für Auschwitz. Die Rede von der angeblichen „Offenheit der Deutschen Frage“ rührt an die Grundlagen der ost- und deutschlandpolitischen Verträge, die inzwischen ein fester Bestandteil der in Europa geltenden Ordnung geworden sind. Die gelegentlich fast wehmütige Erinnerung junger „linker Patrioten“ an die zerrissene und zertrümmerte Nation, an Deutschland-West und Deutschland-Ost als besetztes und nicht befreites, schon gar nicht souveränes Land spült bloß Wasser auf die Mühlen der anderen und sorgt nicht für die analytische Klarheit linker Positionen. Die von konservativer Seite reklamierte „dunkelste Stunde“ unserer Geschichte für den 8. Mai 1945

taugt nur zur wiederholten Ausgrenzung ganzer Teile des deutschen Volkes, die an diesem Tag etwas zu feiern haben: die deutschen Antifaschisten.

Deshalb werden es wieder einmal nicht alle Deutschen, diesmal die in der Bundesrepublik, sein, die am 8. Mai 1985 die Chance wahrnehmen werden, klarzustellen, daß sie wissen, daß deutsche Politik nur gemacht werden kann unter voller Anerkennung der bestehenden Grenzen in Mitteleuropa, daß es zwei deutsche Staaten gibt und es zwei bleiben werden, und daß sie dazu entschlossen sind, „eine aktive Rolle für den Frieden und für den Abbau von Spannungen“ in der Welt zu übernehmen (Willy Brandt). Es werden auch nicht alle Deutschen in der Bundesrepublik sein, die darauf bestehen, keine andere Republik haben zu wollen als die, die nach 1945 einem breiten Ursprungskonsens der antifaschistischen demokratischen Kräfte in allen Lagern ihre bis heute noch stabile Grundlage verdankte. Die Chance, am 8. Mai 1985 über eine Erneuerung dieses Ursprungskonsens die seit einiger Zeit in unserer Republik vermißte nationale Identität zu stiften, scheint damit verfallen.

---

Christoph Kleßmann

---

## Deutschland nach 1945:

### Befreiung – Zusammenbruch – Neuaufbau – Restauration

---

Prof. Dr. Christoph Kleßmann, geb. 1938, Studium der Geschichte und der klassischen Philologie in Göttingen, München und Tübingen lehrt Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.

Daß 1985 über den 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches in der Öffentlichkeit viel intensiver nachgedacht und diskutiert wird als 10 oder 20 Jahre zuvor, hat verschiedene Gründe, die mit dem gewandelten politischen Klima und auch einem veränderten Geschichtsbewußtsein zu tun haben. Der Tag symbolisiert die Befreiung von der blutigsten Diktatur, die Deutschland und Europa je erlebten, und diese Befreiung sollte eigentlich an erster Stelle in der Erinnerung stehen. Er symbolisiert aber auch den Zusammenbruch eines

noch halbwegs funktionierenden wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Lebens. Diese soziale „Stunde Null“ ist den Zeitgenossen besonders eindrücklich im Gedächtnis haften geblieben, auch wenn der Zusammenbruch nicht punktuell begann, sondern sich gleitend seit den letzten Kriegsmonaten vollzog. Der Tag symbolisiert schließlich die Hoffnung und die Chance auf einen Neuanfang, durch den ein für alle Male eine Wiederholung des Schreckens verhindert werden sollte. Doch die Hoffnung auf eine neue Weltordnung und auf ein neues demokratisches Deutschland innerhalb der europäischen Völkerfamilie, die der amerikanische Präsident und der britische Premier bereits 1941 in der Atlantik-Charta formuliert hatten, und die von den „Großen Drei“ in Jalta und Potsdam bekräftigt worden waren, wurden in vieler Hinsicht schnell und gründlich enttäuscht.

Daß sich die Befreiung mit der Besetzung verband, daß der Zusammenbruch keineswegs so total war, wie es zunächst schien und daß der Neuanfang schnell von kräftigen Tendenzen der Restauration, d. h. der Wiederherstellung alter Strukturen, der Wiedereinsetzung alten Personals und der Entstehung alter und noch verschärfter Konflikte, überlagert wurde, macht die historische Komplexität dieses Datums aus. Sie erklärt, warum sich die Bundesrepublik so schwertut, mit diesem „sperrigen Gedenktag“<sup>1</sup> umzugehen. Denn je nach Erfahrung, Generationsprägung und politischer Einstellung fällt die Akzentuierung dessen, was sich assoziativ mit dem 8. Mai verbindet, und was er für die Gegenwart bedeutet, ganz unterschiedlich aus.

Der von Goebbels verkündete und von einem bestellten Publikum im Berliner Sportpalast 1943 begeistert akzeptierte „totale Krieg“ endete im Mai 1945 in der bedingungslosen Kapitulation und im – scheinbar – totalen Zusammenbruch. Es gibt keine Meinungsumfragen darüber, wie die Bevölkerung das Ende des Krieges, das sie – wie wir aus den Berichten des Sicherheitsdienstes (SD) der Gestapo wissen – lange herbeigesehnt hatte, primär erlebte. Nimmt man die aktiven und passiven Gegner des Regimes, die Millionen von Häftlingen und Zwangsarbeitern einmal aus, so dürfte der Eindruck des Zusammenbruchs aber gegenüber dem der Befreiung vorgeherrscht haben. Der Kollaps verschärfte – unter völlig neuen politischen Rahmenbedingungen – zunächst lediglich die Probleme, die schon Monate vorher den Alltag bestimmt hatten: Individuelle Überlebensstrategien zu entwickeln, war das Gebot der Stunde, da man auf die „große Politik“ ohnehin keinen Einfluß hatte. Erleichterung über das Ende des Bombenkrieges und des politischen Terrors mischte sich mit den alles überwuchernden Sorgen ums tägliche Brot, um Unterkunft und Heizmaterial, aber auch um das Schicksal der Angehörigen und um das Schicksal

Deutschlands, das den Siegern, die nur von einer Minderheit als Befreier begrüßt wurden, offensichtlich auf Gedeih und Verderb ausgeliefert war.

Daß Deutschland besetzt und nicht nur befreit war, bekamen sehr schnell auch aktive Antifaschisten zu spüren, die hofften, es werde bald ein „neues Leben aus den Ruinen blühen“.<sup>2</sup> Ihre Vorstellungen über einen gründlichen Neubeginn stießen auf alliiertes Mißtrauen gegenüber jeder politischen Aktivität der Deutschen. Demzufolge sahen sich Parteien und Gewerkschaften in ihrem Bemühen um Wiederaufbau kleinlichen Behinderungen und Vorschriften ausgesetzt. Unter der Hülle des völligen Bruchs mit der Vergangenheit braten überdies alte politische Konflikte viel schneller wieder auf, als es in der ersten Hochstimmung der Befreiung möglich schien. Der ersehnte Frieden geriet innerhalb weniger Jahre bereits wieder an den Rand des heißen Krieges, und im Schatten des Kalten Krieges wurde vieles restauriert, was 1945 überwunden schien. In der Antwort auf Adenauers erste Regierungserklärung 1949 sprach der Oppositionsführer Kurt Schumacher bereits davon, die Bundesrepublik befinde sich in einer „Periode der absoluten Restauration“.<sup>3</sup> Was den publikum befand sich in einer „Periode der absoluten Restauration“.<sup>3</sup> Was den einen als Restauration erschien, war aber den anderen als Prozeß der allmählichen Normalisierung willkommen, und aus diesen verschiedenen Dimensionen subjektiver Erfahrungen und Urteile erklärt sich zu einem Gutteil die ambivalente Einstellung zum Jahr 1945 in der heutigen Situation.

Aber auch die unterschiedlichen Interpretationen der Historiker spiegeln die Unsicherheit der Ausgangssituation deutscher Nachkriegsgeschichte. Dies mag ein weiterer Grund dafür sein, daß der Gedenktag so kontrovers diskutiert wird. Denn die Geschichtsforschung hat deutlicher als noch vor 10 oder 20 Jahren herausgearbeitet, daß Befreiung und Zusammenbruch, Neubeginn und Restauration zusammengehören, sie hat den scharfen Kontinuitätsbruch von 1945 relativiert und die Stärke erhaltengebliebener oder wiederhergestellter Strukturen betont und das Dritte Reich in die Kontinuität deutscher Geschichte integriert.<sup>4</sup> Sie hat aber auch verschüttete Alternativen von 1945 freigelegt,<sup>5</sup> nicht genutzte Handlungsspielräume zu bestimmen versucht und tiefgreifende sozialstrukturelle Veränderungen in ihren Auswirkungen auf die Chancen eines demokratischen Neuanfangs betont. Sie hat gezeigt, daß die Deutschen keineswegs nur Opfer und Objekte der alliierten Allmacht – die

2 Vgl. die Proklamation an die Bergarbeiter der Zeche Prinz Regent in Bochum vom April 1945, abgedruckt in: Ch. Kleßmann, P. Friedemann, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt 1977, S. 93 f.  
3 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Ber. 1. Wahlperiode 1949, Bd. 1, S. 33 a.  
4 Vgl. dazu vor allem den Sammelband von W. Conze, M. R. Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.  
5 Vgl. L. Niethammer u. a. (Hg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976. U. Borsdorf, L. Niethammer (Hg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.

1 Vgl. die Artikelserie in der ZEIT, beginnend mit dem 18. 1. 85.

„Eingeborenen von Trizonesien“ – waren, sondern auch bewußte politische Optionen vollzogen haben, deren Konsequenzen die Grundlagen der Bundesrepublik bis heute bestimmen.<sup>6</sup>

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, die gewissermaßen als Produkt der Konstellation von 1945 und Ergebnis der Option von 1948/49 in Bonn ebenso selbstgewiß beschworen wird wie sie in Ostberlin als Fehlentwicklung verdammt wird, war nicht die einzige historische Möglichkeit, die nach dem Ende des Dritten Reiches vorstellbar war, so schwer es für den Historiker nachträglich auch sein mag, alternative Denkmodelle gegen die Kraft der faktischen Entwicklungsverläufe zu rekonstruieren. Zunehmend sind 40 Jahre danach nämlich auch die Kosten der bereits in den Jahren vor der Gründung zweier deutscher Staaten 1949 erfolgten Weichenstellungen ins Bewußtsein getreten: die unwiderrufliche Teilung des Landes und Europas, die Blockkonfrontation mit ständig sich aufs neue drehenden Rüstungsspiralen, materielle und politische Sicherheit als erstrangige Größe politischer Kultur, durch die es schwierig geworden ist, gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Gewöhnung an den status quo durch produktive Utopien für eine menschlichere und friedlichere Welt und für veränderte Prioritäten angesichts drohender Umweltkatastrophen aufzubrechen.

Die befreienden und beklemmenden Elemente des Jahres 1945 gehören also zusammen. Hinter eine Erkenntnis freilich dürfte unabhängig davon, wie gegensätzlich das politische Urteil heute auch ausfallen mag, niemand mehr zurückgehen: daß das Jahr 1945 für Europa und Deutschland zunächst einmal und in erster Linie die Befreiung vom Faschismus, dem schlimmsten Übel in der neueren Geschichte Europas, bedeutete, oder, wie es ein Bewohner des Ruhrgebiets 1980 in einem lebensgeschichtlichen Interview formulierte: „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“<sup>7</sup>

### Zusammenbruch

Als die alliierten Truppen in Deutschland einmarschierten, fanden sie in nahezu allen größeren Städten riesige Trümmerhaufen vor. Die Flächenbombardements und der mit Durchhalteparolen und Terror angeheizte hartnäckige Widerstand der Deutschen gegen die geforderte „bedingungslose Kapitulation“ hatten aber nicht nur Städte, Verkehrsverbindungen und Produktionsan-

lagen zerstört. Zu den schlimmsten Kriegsfolgen gehörten die in der bisherigen deutschen Geschichte beispiellosen Bevölkerungsbewegungen. Hinter diesem nüchternen demographischen Fachausdruck verbirgt sich das unvorstellbare und vielfach dokumentierte Elend von Flucht in den letzten Kriegsmonaten und Vertreibung bei und nach Kriegsende aus den Ostgebieten, darüber hinaus aber auch die Evakuierung und versuchte Rückkehr der Ausgebombten, die Heimkehr, Weiterwanderung oder Ansiedlung von Millionen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und Displaced Persons. Die Hybris der nationalsozialistischen Politik der Lebensraumeroberung und Versklavung europäischer Völker schlug jetzt kollektiv auf das deutsche Volk zurück. Auf der Potsdamer Konferenz, die den Ausgangspunkt alliierter Deutschlandpolitik nach Kriegsende darstellt, wurde zwar beschlossen, eine „ordnungsgemäße und humane“ Überführung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sicherzustellen, aber in der von der Barbarei vergangener Jahre aufgewühlten Atmosphäre des Hasses war diese Bestimmung kaum das Papier wert, auf dem sie festgehalten wurde. In mehreren Wellen strömten Millionen Deutsche und Volksdeutsche in die vier Besatzungszonen, weitere Millionen waren bereits vor Kriegsende nach Westen geflohen, um der anrückenden Roten Armee zu entkommen. Vor allem die agrarisch bestimmten Flächenstaaten (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern sowie Mecklenburg und Brandenburg in der Sowjetischen Zone) hatten den Hauptteil aufzunehmen. Dieser Bevölkerungszustrom (am 1. April 1947 im Gebiet der drei Westzonen bereits 6,15 Millionen<sup>8</sup>), der sich später als eine der Quellen des westdeutschen Wirtschaftswunders erweisen sollte, bildete zunächst sozialpolitisch eine erdrückende Last. Das „Flüchtlingsproblem“ – die heute gängige Bezeichnung „Vertriebene“ bürgerte sich erst seit 1947 ein – gehörte somit zu den schlimmsten Seiten der Zusammenbruchgesellschaft, denn alle sonstigen Übel wurden dadurch weiter gesteigert.

Nach außen hin stachen auf den ersten Blick am stärksten die verheerenden Zerstörungen hervor. In einigen dünnen Zahlen ausgedrückt: 131 Städte waren durch Großangriffe aus der Luft zerstört worden; von 13 000 Streckenkilometern der Eisenbahn in der britischen Besatzungszone waren im Mai 1945 nur 1 000 befahrbar; von den rund 15,8 Millionen Wohnungen (im Gebiet der vier Besatzungszonen) waren rund ein Viertel total zerstört oder so schwer beschädigt, daß ein Neubau nötig war.<sup>9</sup>

Dieser in seinem Ausmaß nie erlebte Zusammenbruch bestimmte die Verhaltensweisen der Bevölkerung ganz unmittelbar. Die in der Erinnerung oftmals verklärte Verwegenheit der „Schwarzmarktzeit“, die Reduktion einer

<sup>6</sup> Vgl. dazu als neueste Gesamtdarstellungen Th. Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1, Stuttgart 1983. W. Benz, Die Gründung der Bundesrepublik, München 1984 (dtv). R. Steininger, Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt 1983 (Fischer Tb). Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1983.  
<sup>7</sup> L. Niethammer (Hg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin 1983.

<sup>8</sup> G. W. Harmsen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Anlage V, Bremen 1947, S. 10.  
<sup>9</sup> W. Trees u. a., Drei Jahre nach Null. Geschichte der britischen Besatzungszone 1945-1948, Düsseldorf 1978, S. 51. W. Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948, Stuttgart 1975, S. 152. Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S. 46 f.

modernen Volkswirtschaft auf die Stufe des Tauschhandels, ohne den auch die Betriebe kaum ihre Belegschaften beschäftigen konnten, Hunger und Verzweiflung angesichts einer düsteren Zukunft, der Rückzug in den privaten Raum der Familie als letzter Zuflucht, weil es staatliche Hilfen nicht geben konnte – all diese Faktoren prägten das Bewußtsein und das Verhalten des „kleinen Mannes“, sie markierten aber auch die Grenzen der Aktionsmöglichkeiten für die „Aktivisten der ersten Stunde“, die sich entschlossen bemühten, praktische Hilfestellung im Alltag zu leisten, ohne dabei eine weiterreichende politische Perspektive aus den Augen zu verlieren. Diese Männer und Frauen waren oft schon zur Stelle, als die alliierten Truppen einrückten und Fachleute aus Verwaltung und Wirtschaft geflohen oder untergetaucht waren. Die lange Jahre von der Geschichtsschreibung vergessenen Selbsthilfekomitees, die „Antifas“, verdienen hier an erster Stelle genannt zu werden. Sie setzten sich vor allem aus Vertretern der alten Arbeiterbewegung, Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten zusammen, aber auch Bürgerliche fehlten nicht. Die Palette ihrer Aktivitäten reichte von elementarer Nachbarschaftshilfe bis hin zu durchorganisierten Strukturen auf Stadt- oder Stadtteilebene, ihre Programmatik von der Bewältigung akuter Tagesaufgaben über personelle Entnazifizierung am Ort bis zu den Ansätzen politischer Neuordnungskonzepte.<sup>10</sup>

Reichweite und Umfang derartiger Basisaktivitäten auch nur annähernd genau zu bestimmen, ist kaum möglich. In jedem Fall handelte es sich hier nur um eine kleine Minderheit, die vermutlich wenig Chancen hatte, eine Mehrheit unter der tief verunsicherten Bevölkerung zu gewinnen. Sie bekam aber vor allem gar nicht die Chance, ihre Vorstellungen zu entwickeln und umzusetzen. Denn in allen Besatzungszonen wurden die Antifas von den Besatzungsmächten zurückgedrängt, aufgelöst, verboten oder in die traditionellen Organisations- und Verwaltungsstrukturen integriert. Fließende Übergänge gab es zwischen Antifas und den Aktivitäten der Betriebsräte, Gewerkschaften und Parteien, die sich ebenfalls in der Umbruchsituation sofort wieder zu Worte meldeten. Vor allem in den Betrieben etablierten sich bereits im Zusammenbruch erste informelle Arbeitervertretungen, zumeist getragen von Kadern der alten Arbeiterbewegung der Weimarer Zeit. Auch sie leisteten zunächst vor allem praktische Hilfs- und Aufräumarbeiten im Betrieb, ließen freilich oftmals auch ihren Anspruch erkennen, mit der Säuberung der Betriebe von belastetem Personal neue Entscheidungs- und Mitbestimmungsstrukturen durchzusetzen. Da die Besatzungsmächte in allen Zonen ein vitales Interesse daran hatten, das Wirtschaftsleben so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen, konnten sie solche Initiativen nicht einfach verbieten. Sie versuchten daher, diese Kräfte so gut wie möglich zu kontrollieren und weitergehende politische Ansätze zu unterbinden.

<sup>10</sup> Siehe oben, Anm. 5.

Die Konturen der Zusammenbruchgesellschaft weisen somit insgesamt sehr unterschiedliche Formen auf. Das Alte schien in der Tat völlig am Ende zu sein, und dieser Zusammenbruch hatte in einem nie dagewesenen Maße Desorganisation, Zerstörung des Hergebrachten, individuelle und kollektive Verelendung und politische Resignation zur Folge. Die Kehrseite der Medaille aber war bei einer aktiven Minderheit von Hitlergegnern und politisch bewußten Köpfen der Wunsch, nicht vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren und ohne Revolution die Chance einer revolutionären Umgestaltung der politischen und sozialökonomischen Verhältnisse wahrzunehmen. Wieweit die Realisierung solcher Neuordnungsvorstellungen gelingen konnte, hing freilich auch von den weltpolitischen Bedingungen ab. Neubeginn und Restauration waren bestimmt durch den Verlauf des schon 1945 in ersten Ansätzen sich abzeichnenden Kalten Krieges.

### Neubeginn

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 war für Deutschland die letzte Übereinkunft, die noch eine – wenn auch von vielen Formelkompromissen geprägte – gemeinsame Aktionsbasis der Sieger formulierte. Da ein Friedensvertrag bis heute nicht zustandekam, wurde es zum Ausgangspunkt für Kooperation und Konflikt. Der Krieg in Europa wurde hier zwar jetzt auch politisch beendet, aber eine dauerhafte Grundlage für den Frieden, wie ihn 1945 alle Völker erhofften, nicht gelegt.

Für Deutschland und die Deutschen bildete das Abkommen insofern einen Ausgangspunkt für den Neubeginn, als hier Parteien und Verbände wieder zugelassen wurden. Damit konnten die Westzonen einen Schritt nachvollziehen, der in der Ostzone schon im Juni möglich geworden war. Die bis dahin existierenden illegalen Gewerkschafts-, Partei- und Betriebsratsgründungen konnten nun legal fortgesetzt werden, der Organisationsaufbau blieb aber, wie sich schnell zeigte, genauen Anweisungen und Kontrollen unterworfen.

Daß die Aufteilung in Besatzungszonen mit dem Kontrollrat in Berlin als oberster alliierter Koordinationsinstanz nicht zum Ausgangspunkt der politischen Spaltung des um seine Ostgebiete verkleinerten Deutschland werden sollte, bewiesen vor allem die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, Deutschland wirtschaftlich als Einheit zu behandeln und überzonale, das heißt gesamtdeutsche Verwaltungsstellen einzurichten. Dies war zwar nur ein schwacher Vorgriff auf eine mögliche künftige gesamtdeutsche Regierung, daß aber nicht einmal dieser schwache Ersatz zustandekam, ging vor allem auf das Konto des französischen Vetos. Den extrem föderalistisch orientierten Vertretern Frankreichs im Kontrollrat bedeuteten schon zentrale Verwaltungen ein

Zuviel an Zentralismus. Für die Arbeiterbewegung bildete die Erklärung der Alliierten, die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren und zu entflechten, eine wichtige Voraussetzung künftiger Neugestaltung. Verbunden war sie mit einem umfassenden Entnazifizierungsprogramm, das jedoch von den Besatzungsmächten ganz unterschiedlich ausgelegt und realisiert wurde. Während die Sowjetunion gemäß ihrem Verständnis der Ursachen des Faschismus in sozioökonomischen Struktureingriffen (Bodenreform, Enteignung und Verstaatlichung von großen Industriebetrieben) den entscheidenden Ansatz einer effektiven Entnazifizierung sah, legten insbesondere die Amerikaner den Schwerpunkt auf die personelle Säuberung und brachten damit ein riesiges, in seinen Wirkungen letztlich eher problematisches und nach wenigen Jahren gescheitertes bürokratisches Verfahren in Gang.<sup>11</sup> Das für die Zeitgenossen als besonders schwerwiegend erscheinende Demontage- und Reparationsproblem, dessen Modalitäten in den Grundzügen in Potsdam ebenfalls festgelegt wurden, sollte sich dagegen für die Westzonen – ganz anders als für die sowjetische Zone – als relativ bedeutungslos erweisen. Die ursprünglichen Demontagepläne wurden mehrfach reduziert, und die ökonomische Wirkung der realisierten Demontagen blieb im Verhältnis zur ökonomischen Starthilfe für die westdeutsche Wirtschaft eher geringfügig.<sup>12</sup> Für die weitere politische Entwicklung Deutschlands sollte sich aber das in Potsdam als Kompromiß vereinbarte Prinzip, jede Besatzungsmacht solle ihre Reparationsansprüche aus der eigenen Zone befriedigen, als einschneidend erweisen. Denn der zuvor aufgestellte Grundsatz der Wirtschaftseinheit wurde damit unterlaufen, und über die Frage der Wirtschaftseinheit und der Reparationen zerstritten sich die Verbündeten von gestern.

Die politischen Stationen, in denen die Konflikte zwischen Sowjets und Angloamerikanern ihren Ausdruck fanden, waren die Gründung der Bizone 1946/47, die Schaffung des Wirtschaftsrats in Frankfurt, die Ankündigung des Marshall-Plans 1947 und die Beteiligung der Westzonen an dem daraus hervorgegangenen European Recovery Program (ERP) und schließlich die separate Währungsreform im Juni 1948. Die Berlinblockade, deren politisches Ziel die Verhinderung eines westdeutschen Staates war, bildete dann nach dem Sturz der Regierung in Prag im Februar 1948 den zweiten spektakulären Höhepunkt des eskalierenden und offen ausgebrochenen Kalten Krieges. Stellt man die Frage nach Chancen und Fehlschlägen eines Neubeginns insbesondere der Arbeiterbewegung in diese politischen Zusammenhänge, werden die Schwierigkeiten und Grenzen deutlich erkennbar.

<sup>11</sup> Dazu ausführlich L. Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern, Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt 1972. V. Dotterweich, *Die „Entnazifizierung“*, in: J. Becker u. a. (Hg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 123-161.

<sup>12</sup> Vgl. W. Abelshauser, a.a.O., S. 129.

Gewerkschaften und Parteien hatten ihre Vorstellungen einer gesellschaftlichen und politischen Neuordnung schon im Widerstand und Exil in Umrissen formuliert.<sup>13</sup> Inmitten der Desorientierung der Zusammenbruchgesellschaft besaßen sie somit Konzepte, wie es weitergehen sollte. Diese Konzepte in konkrete Strategien umzusetzen, wurde ihnen jedoch durch die alliierten Auflagen zunächst erheblich erschwert. Der Vorsprung an politischer Initiative, den „die Linke“ 1945 besaß, ging auf diese Weise wieder verloren, weil ihre politische Energie von den mühsamen Versuchen, eine schlagkräftige Organisation aufzubauen, absorbiert wurde. Hans vom Hoff hat das bereits 1948 auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß der britischen Zone mit bitteren Worten formuliert: „Wir haben nach dem Zusammenbruch geglaubt, daß wir bald unsere ganze Kraft zum Aufbau der Gewerkschaft entfalten könnten. Aber wir alten Gewerkschaftsfunktionäre sind erheblich enttäuscht worden. ...als wir uns nach dem Zusammenbruch in den ersten Monaten zur Verfügung stellten, wurde uns meist die kalte Schulter gezeigt.“<sup>14</sup>

Kann man bei den Arbeiterparteien SPD und KPD – anders als bei der völlig neu geschaffenen interkonfessionellen CDU – von einer Wiedergründung sprechen, weil sie trotz aller Änderungen ihrer Programme im wesentlichen an ihre alten Organisationsstrukturen und auch an ihre alte Mitglieder- und Wählerklientel anknüpften, so sticht im organisatorischen Profil der Gewerkschaftsbewegung vor allem das Neue hervor. Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Besatzungsmächten, aber auch zwischen den Einzelgewerkschaften um die künftige Struktur, insbesondere den Grad von Zentralisierung der Föderalisierung, gehört zu den beherrschenden Themen der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte.<sup>15</sup> Unumstritten blieb dabei jedoch die Grundorientierung an der Einheitsgewerkschaft anstelle der Zersplitterung in parteipolitische mehr oder minder eng gebundene Richtungsgewerkschaften herkömmlichen Musters. Starke Impulse erhielten die neu entstehenden Einheitsgewerkschaften aus den Betrieben, deren Vertretungen 1945 sehr häufig zu den Keimzellen der Gewerkschaftsorganisation wurden. Anders als in der Revolution 1918/19 gab es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine scharfe Frontstellung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, sondern enge Kooperation, ebenso wie sich die Gewerkschaften bemühten, den Fehler des Weimarer Wirtschaftsdemokratie-Konzepts zu vermeiden und Mitbestimmung auf

<sup>13</sup> Vgl. U. Borsdorf u. a. (Hg.), *Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien*, Köln 1977, S. 217-268.

<sup>14</sup> Text der Rede in: *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des DGB (Brit. Zone) 1947-1949*, Köln 1949, S. 15 ff.

<sup>15</sup> Vgl. U. Borsdorf, *Der Weg zur Einheitsgewerkschaft*, in: J. Reulecke (Hg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974*, S. 385-413. R. Detje u. a., *Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland*, Hamburg 1982. M. Fichter, *Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948*, Opladen 1982.

betrieblicher Ebene zu vernachlässigen zugunsten einer gesamtwirtschaftlichen Mitentscheidung auf staatlicher Ebene.<sup>16</sup>

Die programmatischen Forderungen der neuen Gewerkschaftsbewegung gingen zwar weit über Mitbestimmung auf den verschiedenen Ebenen hinaus, und noch in den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des DGB von 1949 nehmen Sozialisierung der Schlüsselindustrien und planwirtschaftliche Steuerung des Marktes einen zentralen Platz ein.<sup>17</sup> Dennoch läßt sich bereits zu diesem Zeitpunkt erkennen, daß aus dem umfassenden Neuordnungskonzept der Gewerkschaften, das sich im wesentlichen mit dem der SPD und auch von Teilen des linken Flügels der CDU deckte, nur noch die Mitbestimmung eine Realisierungschance hatte. Ansätze zur Sozialisierung dagegen, wie sie im Sozialisierungsgesetz des nordrheinwestfälischen Landtages von 1948 zum Ausdruck kamen, wurden auf Druck der amerikanischen Besatzungsmacht gestoppt und später von deutscher Seite nie mehr mit politischem Nachdruck aufgegriffen.<sup>18</sup> Auch das hatte mit den sozialpsychologischen Dispositionen der deutschen Bevölkerung zu tun, die es schwer machten, eine Mobilisierung für gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen, verursachte doch der Alltag schon einen Zustand ständiger Überanstrengung. Darüber hinaus machte sich seit der Durchsetzung der „sozialen Marktwirtschaft“ durch Ludwig Erhard 1948, obwohl deren unsoziale Auswirkungen für die große Mehrheit der Bevölkerung deutlich spürbar waren, eine vage Stimmung des „Es geht wieder aufwärts“ breit, die planwirtschaftlichen Alternativen, wie sie die Opposition anbot, wenig nennenswerte Resonanz verschaffte. Schließlich trug die Teilung Deutschlands erheblich dazu bei, daß überlieferte Vorstellungen und Begriffe der Arbeiterbewegung wie Sozialismus und Sozialisierung durch ihre stalinistische Umdeutung und Pervertierung in der SBZ/DDR weiter an Anziehungskraft verloren. Die seit 1947/48 sich abzeichnende Spaltung des Landes hatte somit auch ihre gesellschaftspolitische Dimension, indem sie Neuordnungsvorstellungen im Westen partiell den Boden entzog und Restaurationstendenzen förderte.

Dennoch konnte in der paritätischen Mitbestimmung ein wichtiges Stück Neuordnung realisiert werden. In den gemäß Potsdamer Abkommen entflochtenen Werken der Eisen- und Stahlindustrie hatten die Briten 1947 die paritätische Mitbestimmung eingeführt, und nach harten Auseinandersetzungen wurde sie 1951 auf den gesamten Montanbereich der Bundesrepublik ausgedehnt. Für diese weiterreichende Form der Mitbestimmung hatten sich 1947/48

<sup>16</sup> Vgl. Ch. Kleßmann, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952, in: H. A. Winkler (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 5), S. 44-73. E. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung, Frankfurt 1970, S. 61 ff.  
<sup>17</sup> Text in: E. U. Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt 1972, S. 388 ff.  
<sup>18</sup> Zum Sozialisierungsproblem vgl. (mit Dokumentation) Steininger, a.a.O., Bd. 2, S. 317 ff.

auch die Unternehmer an Rhein und Ruhr stark gemacht, weil sie hofften, die Gewerkschaften auf diese Weise für ihren Kampf gegen die Entflechtung gewinnen zu können. Die gescheiterte Sozialisierung wurde auf diese Weise wenigstens zu einem Teil ausgeglichen. Freilich blieb auch die Realisierung der Mitbestimmung ein Torso: ein effektives Mitbestimmungsrecht, wie es sich Belegschaften und Gewerkschaften nach 1945 in einer noch relativ offenen Situation errungen und in Länderbetriebsrätegesetzen zum Teil auch juristisch abgesichert hatten, ist im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 nicht mehr erkennbar.<sup>19</sup> In der Substanz war es nicht mehr als eine modernisierte Neuaufgabe des Betriebsrätegesetzes von 1920. Gemessen an den Hoffnungen, Erwartungen und programmatischen Forderungen der Arbeiterbewegung von 1945 hat unübersehbar die Restauration die Neuordnung überflügelt. Gleichwohl verbindet sich mit dem Jahr 1945 in einer weitergesteckten Perspektive – darauf wird abschließend noch kurz einzugehen sein – ein Neubeginn, der so tiefgreifend ist, daß trotz aller unverkennbaren und oft kritisierten Restaurationstendenzen Bonn nicht Weimar werden konnte.

## Restauration

Restauration setzt der begrifflichen Logik nach eine Revolution voraus, deren Ergebnisse wieder zurückgenommen werden. Eine Revolution gab es jedoch 1945 nicht, will man nicht das Ende des Nationalsozialismus als solche verstehen. Bezugspunkt einer sinnvollen Verwendung dieses Begriffs, mit dem viel Schindluder getrieben wurde und wird, kann somit nur eine revolutionäre Erwartung in einer prinzipiell offenen Situation 1945 sein, die auch andere gesellschaftliche und politische Entwicklungen konkret möglich erscheinen ließ. In der Tat war dies der Bezugspunkt der schon seit 1947 einsetzenden Restaurationskritik, wie sie sich bei Vertretern der Arbeiterbewegung des linken Katholizismus findet. Im Hinblick auf solche Erwartungen und auch auf konkrete Ansätze, die später wieder zurückgenommen wurden, ist es daher durchaus legitim, von Restauration zu sprechen, solange dieser Begriff nicht zum pauschalen Etikett für alles politisch Unliebsame verkommt.

Stichwortartig lassen sich viele Bereiche ausmachen, in denen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren in diesem Sinne Restauration stattfand.<sup>20</sup> Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das 1945 scheinbar zur Disposition gestanden hatte, war tatsächlich niemals zerstört, sondern durch Beschlagnahme und Eigentumsvorbehalte lediglich in Frage gestellt worden. Insofern

<sup>19</sup> Zur Montanmitbestimmung und zum BVG vgl. H. Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982. E. Schmidt, a.a.O., S. 193 ff.

<sup>20</sup> Literatur zu den im folgenden genannten Bereichen findet sich in meiner Darstellung der Nachkriegsgeschichte (Anm. 6).

brauchte es gar nicht restauriert zu werden. Die von den Alliierten 1948 in 30 Nachfolgeorganisationen aufgelösten drei Großbanken (Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank) erstanden 1957 wieder in ähnlicher Form und unter altem Namen. Daß traditionelle Verwaltungsstrukturen, die grundsätzlich verändert werden sollten, sehr schnell wiederhergestellt wurden, entsprach dem Interesse und dem Zwang, das drohende Chaos zu verhindern. Der Konflikt zwischen administrativer Effizienz und politischer Säuberung wurde dabei bekanntermaßen in den meisten Fällen zugunsten der Effizienz gelöst, so daß das Beamtentum ähnlich wie schon 1918 und 1933 zu einem der wichtigsten Träger von Kontinuität wurde. Im Bildungswesen hatten die Alliierten in Kooperation mit einzelnen deutschen Politikern zahlreiche Reformansätze durchgedrückt, die sich heute wie die Vorläufer der bildungspolitischen Reformen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre ausnehmen. Da man aber Demokratie schlecht „von oben“ gegen den Willen der Betroffenen durchsetzen kann, wichen die Alliierten schrittweise vor dem hartnäckigen Widerstand der Kirchen und der schulischen Interessenvertreter zurück und überließen der Restauration das Feld. In der evangelischen Kirche versuchten starke Kräfte, aus der Verstrickung in den Nationalsozialismus und aus den Kirchenkampferfahrungen eine doppelte Konsequenz zu ziehen: Sie wandten sich von der nationalpolitischen Tradition ab und versuchten die bürokratischen landeskirchlichen Strukturen durch intensivere Beteiligung der Gemeinden aufzubrechen. Beides gelang jedoch nur begrenzt, so daß schon die zeitgenössische Kritik an den innerkirchlichen Restaurationstendenzen deutlich ausfiel. Die Interessenvertretungen, unter ihnen insbesondere die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, waren in den ersten Nachkriegsjahren ähnlich wie die Gewerkschaften harten Auflagen der Besatzungsmächte ausgesetzt. Über die Industrie- und Handelskammern als Ersatz und schrittweise über die zunächst nur regional zugelassenen Branchenverbände konnten sie aber wieder beträchtlich an Einfluß gewinnen, bis 1950 mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wieder Spitzenverbände der Wirtschaft nach Weimarer Muster etabliert wurden.

Die hier nur skizzenhaft erwähnten Beispiele dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Blick auf formal restaurierte Strukturen ebensoviel verstellt wie er aufdeckt. Denn der Vergleich mit Weimar, der implizit den Bezugspunkt jeder Restaurationskritik bildet, läßt doch auch die schwerwiegenden Unterschiede und Kontinuitätsbrüche erkennen. Allein schon die tiefgreifenden und gewaltsamen Veränderungen, die das Kriegsende mit sich brachte, führten zu bedeutsamen politischen Konsequenzen. Die territorialen Veränderungen – die Bundesrepublik macht nur etwas mehr als die Hälfte des alten Deutschen Reiches aus – und die Durchmischung der Bevölkerung mit

Flüchtlingen und Vertriebenen führte dazu, daß die Bundesrepublik insgesamt sozial und kulturell ungleich homogener wurde als es das Deutsche Reich je war. Dies bedeutete auch eine Entlastung von spezifischen traditionellen Konflikten: die alte Strukturkrise der ostelbischen Landwirtschaft entfiel, das Konfessionsproblem wurde erheblich abgeschwächt, weil Katholiken und Protestanten annähernd gleich stark waren, die Auflösung Preußens beseitigte die Dominanz eines Landes und schuf eine relativ ausgewogene föderalistische Struktur der Bundesrepublik.<sup>21</sup>

Darüber hinaus aber fanden sich die – weitgehend restaurierten industriellen und bürokratischen Eliten erstmals mit der neuen demokratischen Staatsform ab. Verunsichert und „entpolitisiert“ durch die Erfahrungen des Dritten Reiches, die Entnazifizierung und die Entwicklung in der SBZ/DDR versuchten sie nicht mehr, die Republik in Frage zu stellen, wie es die Schwerindustrie und große Teile der Bürokratie in Weimar getan hatten. Die Bundesrepublik, ganz unrevolutionär und im wahrsten Sinne aus Trümmern geboren, hat insofern paradoxerweise unter erheblich günstigeren historischen Startbedingungen begonnen als die Weimarer, und ihr Erfolg auf vielen Gebieten ist daher auch ein wirkliches Stück Neubeginn und Neuordnung. Dennoch sollte weder die zeitgenössische noch die historiographische Restaurationskritik als bloßes Mäkeln an der stolzen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik denunziert werden.<sup>22</sup> Sie zeigt vielmehr, daß gerade die politisch aktivsten Gruppen aus der Arbeiterbewegung etwas anderes und mehr wollten als das, was Realität und Geschichte geworden ist. Enttäuschte Hoffnungen und Alternativen aus den ersten Jahren nach 1945 gehören daher ebenso zur Geschichte der Bundesrepublik wie ihr unbestreitbarer Erfolg.

21 Auf diese Aspekte des Kontinuitätsbruchs hat nachdrücklich M. R. Lepsius hingewiesen, in: Conze, Lepsius (Hg.), a.a.O., S. 11 ff.

22 Dies ist eine deutliche, wenn auch ironisch verfremdete Tendenz in der großen Gesamtdarstellung von H. P. Schwarz, *Die Ära Adenauer 1949-1957*, Stuttgart 1981. Ders., *Die Ära Adenauer 1957-1963*, Stuttgart 1983 (*Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* Bd. 2 und 3). Vgl. zur Kritik an der Restaurationsliteratur auch W. Benz, *Die Entstehung der Bundesrepublik*, in: ders. (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden*, Frankfurt 1983, hier: Bd. 1, S. 26 ff.

Willy Buschak

## Der Aufbau der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten

Dr. Willy Buschak, geb. 1951, studierte Geschichte in Bochum, wo er gegenwärtig als freier Schriftsteller lebt. Seine jüngste Arbeit ist eine Geschichte der Gewerkschaft NGG und ihrer Vorläuferorganisationen.

Am 22. April 1945 marschierten französische Truppen in Stuttgart ein. Knapp zwei Wochen später, es war der 5. Mai 1945, machte sich Joseph Kollmair, vor 1933 Bezirksleiter im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (VNG), auf den Weg ins Stadtzentrum. Zwei Tage zuvor hatte er eine Einladung zu einer Besprechung der ehemaligen Gewerkschaftsangeestellten, die in einer Privatwohnung stattfinden sollte, erhalten. Der Weg war beschwerlich: „Alle Verkehrsmittel waren außer Betrieb, alle Brücken gesprengt, nur auf einem Umweg über einen Steg konnte man in das Innere der Stadt gelangen. Das bedeutete für mich einen Weg von zwei Stunden hin und zwei Stunden zurück. Die Besprechung war von kurzer Dauer. Ein Vorschlag über die Industriegewerkschaften lag schon vor, der allgemeine Annahmefand. Es war nur noch notwendig, die Angestellten festzustellen, die anwesend waren und die Frage zu stellen, wer bereit ist, sich am Aufbau zu beteiligen. Alle waren dazu bereit, obwohl bekannt war, daß für die Tätigkeit keine Entschädigung gezahlt werden konnte.“<sup>1</sup>

Hier wie an anderen Orten ging die Neugründung der Gewerkschaften in den seltensten Fällen von den Betrieben aus. In der Regel fand sich ein Kreis alter Funktionäre zusammen. Sie hatten in der Nazizeit die Verbindungen untereinander nicht abreißen lassen und Pläne für den Wiederaufbau erörtert. Aus der unter ihnen immer wieder gestellten Frage nach den Ursachen für den Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung 1933 erwuchs, wie Karl Neumann, später Angestelltensekretär der NGG in Köln, berichtet, vor allem eine Erkenntnis: „Wir hatten in Siegburg<sup>2</sup> Gelegenheit, darüber zu sprechen. Da haben wir immer gedacht: Mensch, wenn die Nazis mal weg sind, dann wird es ganz anders. Dann ist der Mann von der christlichen Gewerkschaft neben

1 Joseph Kollmair: Kleine Gewerkschafts-Chronik und Biographien aus den früheren Berufsverbänden der Bäcker, Konditoren, Brauer, Müller, Böttcher, Fleischer, Tabakarbeiter und Gaststätten. Gewidmet der Industriegewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten. O. O., o. J. (1949), S. 5.

2 Karl Neumann war wegen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Zuchthaus Siegburg bei Bonn inhaftiert.

mir und alle anderen auch. Und da gucken wir uns ehrlich in die Augen und wollen etwas ganz, ganz Neues aufbauen.“<sup>3</sup>

Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in politische Richtungen sollte aufgehoben und gleichzeitig *eine* Organisation für alle Arbeitnehmer des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes geschaffen werden. Letzteres knüpfte an einen alten Plan an, der schon nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß von 1892 entstanden war. Er war damals zum Scheitern verurteilt, weil die Berufsverbände gerade in der vielfältig zersplitterten, noch handwerklich geprägten Berufslandschaft des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes nicht so einfach übersprungen werden konnten. In einem längeren Vereinigungsprozeß bis hin zur Gründung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (1927) setzte sich dann doch das Industrieverbandsprinzip durch. Tabakarbeiter sowie Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte beharrten allerdings auf ihrer organisatorischen Eigenständigkeit. Es gab somit drei freigeberkschaftliche, daneben drei christliche und noch zwei Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften für die Nahrungs- und Genußmittelarbeiterschaft.

Die politischen Richtungen lebten nach 1945 nicht wieder auf. Die alten Berufsverbände waren zäher. In Hamburg wurde ein Verband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, in Hamburg und Bremen ein Industrieverband für die gesamte Tabakindustrie wiedergegründet. Beide Verbände gaben ihre Selbständigkeit erst auf dem Gründungsverbandstag der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Britische Zone, im Juli 1947 auf, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Beschäftigten von einer Sonderorganisation nichts mehr wissen wollten. Und auch das gewerkschaftliche Zonensekretariat unter Leitung Hans Böcklers hatte keine Neigung gezeigt, die beiden Berufsverbände als Industrieorganisationen passieren zu lassen.

### Lage des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes

In einem Ende 1945 geschriebenen Bericht aus Köln heißt es über die Lage des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes: „Infolge der außerordentlich niedrigen Brot ration werden in den Brotfabriken und Bäckereien außerordentlich wenig Leute beschäftigt. In der Schokoladen- und Zuckerindustrie in Köln waren im Jahre 1932 etwa 5000 Leute beschäftigt. Jetzt arbeiten in dieser Industriegruppe noch etwa 145 Personen. In der Getränkeindustrie ist infolge des Brauverbotes kaum Arbeit vorhanden und man ist nur mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Mühlen liegen, soweit sie nicht zerstört sind, schon seit Monaten still, weil kein Getreide vorhanden ist. In der Fleischindustrie und

3 Gespräch des Verf. mit Karl Neumann.

den Metzgereien haben nur wenig Menschen, infolge der kleinen Rationen, Beschäftigung. Da der größte Teil der Hotels und Restaurants zerstört ist, sind für die Kollegen aus diesem Gewerbe auch wenig Arbeitsmöglichkeiten. In der Tabakindustrie sind fast alle Betriebe zerstört oder ohne Beschäftigung.“<sup>4</sup>

Mit einigen Abstrichen hier und da war diese Situation für alle drei westlichen Besatzungszonen (und natürlich auch die SBZ) charakteristisch und änderte sich während des Jahres 1946 kaum.

Vor allem der Mangel an Rohstoffen machte sich bemerkbar, durch die Gebietsabtretungen im Osten und die wirtschaftliche Abschnürung der sowjetischen Besatzungszone (beide Gebiete hatten mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Vorkriegsproduktion geliefert) noch verschärft. Die Suche nach Ersatzstoffen war überall Trumpf. Bei Stollwerck in Köln beispielsweise wurden an der Stelle von Schokolade sogenannte Nährstangen produziert, aus Zucker, Kakaopulver, kondensierter Milch und Maisfett, für die Schulspeisung gedacht. Die Berliner Brauereien schöpften aus ihren Brunnen mehr Trinkwasser für die Bevölkerung als Brauwasser.

Zwar hatten sich etliche Betriebe während des Krieges Rohstoffvorräte angelegt, die Knappheit konnte so aber nur punktuell und auch nur für kurze Zeit überwunden werden – falls das Rohstofflager nicht überhaupt in den letzten Kriegstagen geplündert worden war.

Wo die Herstellung von Ersatzprodukten nicht möglich war, gab es Kurzarbeit und Entlassungen. Im norddeutschen Bäckergewerbe betrug der Wochenverdienst wegen dauernder Kurzarbeit nicht mehr als 20 Mark die Woche. Es bedurfte eines stürmischen Protests der Gewerkschaften, bevor die Beschäftigten den Lohnausfall ersetzt bekamen. Starke Kurzarbeit und Entlassungen gab es immer wieder auch in den Brauereien, die nur ein dünnes Molkebier produzieren durften, das kaum jemand konsumieren wollte. In der Zigarrenherstellung, deren Produktion auf 14 Prozent des Vorkriegsniveaus abgesackt war, wurden alle Arbeitskräfte, die irgendwie anderweitig untergebracht werden konnten, entlassen und der Rest auf Kurzarbeit gesetzt. Erst 1948 begann sich die Rohstoffversorgung langsam zu normalisieren. In einigen Bereichen wie in den Brauereien erst längere Zeit nach der Währungsreform.

### Mangel und Not

Die Löhne waren längst nicht mehr in der Lage, die Lebenshaltungskosten zu decken. Den Gewerkschaften waren lohnpolitisch aber die Hände gebun-

den. Es galt ein Lohnstopp, der nur zugunsten von „Problemgruppen“ mit besonders niedrigem Lohnniveau durchbrochen werden konnte und erst 1948 aufgehoben wurde.

Nach zeitgenössischen Berechnungen des niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung konnten im Jahre 1946 nur 60 Prozent der Gesamtausgaben einer Familie aus den Arbeitseinkünften gedeckt werden. Löhne und Gehälter verloren ihren zentralen Stellenwert zur Sicherung der Lebenshaltung. In Teilbereichen kehrte die Entlohnung in Naturalien wieder. Deputate wurden oft höher geschätzt als Barlöhne. Die Rauchzigarren der ostwestfälischen Zigarrenarbeiter zum Beispiel standen in einer Zeit, in der Tabakwaren allenthalben knapp waren, als „Braunes Gold“ hoch im Kurs.

Die Betriebe kompensierten im großen und die Belegschaften im kleinen. „Der Betriebsrat ist am populärsten, der es in Verhandlungen mit der Werksleitung fertigbringt, daß der Arbeiter statt eines Kochtopfes zum Verhamstern deren zwei bekommt. Man kann versuchen, den Arbeitern klar zu machen, daß es so nicht geht [...], sie begreifen das und sehen das ein. Aber bei dieser Erkenntnis können sie verhungern. Besorg ihnen etwas, wo der Bauer Kartoffeln oder ein paar Hände Roggenkörner dagegen tauscht, dann bist Du ihr Mann.“<sup>5</sup>

An allem und jedem herrschte Mangel. Selbsthilfeaktionen von Gewerkschaften und Betriebsräten gewannen große Bedeutung. Manches Betriebsratszimmer glich eher einem Gemischtwarenladen: Von der Arbeitskleidung über Feuerholz bis hin zu Kartoffeln wurde alles mögliche zur Verteilung gebracht.

Auf dem Schwarzen Markt konnten sich Arbeitnehmer nur durch den Eintausch von Wertgegenständen einen Zuschuß zu den knappen Lebensmittelrationen erhandeln. Ausreichend war auch das nicht. Als der polnische Journalist Isaac Deutscher im September 1945 Berlin besuchte, erschrak er über die Leichenblässe in den Gesichtern von kleinen Kindern und Erwachsenen. „Die Menschen haben ein dauerndes Hungergefühl [...]. Es wird eine allgemeine Abmagerung der Bevölkerung festgestellt“<sup>6</sup> heißt es in einem Bericht der Lebensmittelarbeiterinternationale vom Juni 1947.

Dazu kamen Wohnungsnot, Kälte, völlig unzureichende Versorgung mit Schuhwerk, Kleidung usw. Elend, Hunger und Not waren insbesondere im zweiten Nachkriegsjahr so groß, daß viele Menschen vom Kampf um die Siche-

<sup>5</sup> Bernhard Molz an Willi Beier, 5. 2. 1947. In: Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945 – 1949. Hrsg. von Helga Grebing. Stuttgart 1983, S. 119.  
<sup>6</sup> P. M. Tapernoux: Die Lebensmittelsituation in der Welt. Zürich 1947, S. 57.

<sup>4</sup> Industrieverband Nahrung, Getränke, Genuß, Köln. Bericht an die IUL vom 23. März 1946. Archiv der IUL, Genf.

Die elementaren Lebensbedürfnisse völlig aufgezehrt wurden und keine Kraft mehr verspürten, sich für scheinbar so fernliegende Dinge wie die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen. Von den Gewerkschaften erwarteten sie unmittelbare, praktische, im wahrsten Sinne des Wortes Lebens-Hilfe.

In verschiedenen Ländern erzwangen die Gewerkschaften die Einsetzung von Kontrollausschüssen, aus Gewerkschaftern und Vertretern der Erzeuger besetzt, um die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontrollieren. Bei Hofbegehungen konnten beträchtliche Mengen gehorteter Lebensmittel sichergestellt werden. Ganz besonders dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft unter seinem nicht besonders fähigen Präsidenten Schlange-Schönigen wurde von den Gewerkschaften vorgeworfen, die Ernährungsnot nur zu verschlimmern. An seine Stelle aber eine demokratische Selbstverwaltung unter Einschaltung der Gewerkschaften zu setzen, wurde von der Militärregierung strikt abgelehnt.

#### Schwerpunkte des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus

Die Schwerpunkte des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus lagen bis in das Jahr 1946 hinein in den Ballungszentren. Brauer und Beschäftigte der Konsumgenossenschaften waren rasch zu 80 und 90 Prozent wieder organisiert. Im Norden spielten die Beschäftigten der Fischverarbeitungsbetriebe, im Minden-Ravensberger Land die Tabakarbeiter und in Bayern die Belegschaften der Milchbetriebe eine ähnlich große Rolle.

Die „Gründer“ waren überwiegend Funktionäre fortgeschrittenen Alters, gleichen Jahrgangs wie Hans Böckler oder nur wenig jünger. Wilhelm Frank, maßgeblich für den Aufbau der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) im Nordrheingebiet, zählte bei Kriegsende 73 Jahre, Josef Dietmayer in Stuttgart, Max Gerl in München waren hoch in den Sechzigern. Den Stärkeverhältnissen vor 1933 entsprechend dominierten Funktionäre mit freigewerkschaftlich-sozialdemokratischem Hintergrund. Angehörige der alten christlichen Gewerkschaften waren vor allem in einigen Städten des Ruhrgebietes (zum Beispiel August Weyers in Essen) und im südbadischen Raum in den Wiederaufbau eingeschaltet. Aus der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit ergaben sich in der Regel keine Konflikte. Selbst KPD-Mitglieder findet man hier und da unter den Mitbegründern der NGG. In Bremerhaven allerdings machten sich Mitglieder der KPD und des von ihr beeinflussten Antifa-Bundes durch wüste Polemik gegen die alten freigewerkschaftlichen Funktionäre bemerkbar. Sie scheuten auch nicht vor dem Griff in die Klamottenkiste des Sozialfaschismus zurück. Die Folge war, daß die Militärregierung eingriff und

der gesamte Gründungsprozeß wiederholt werden mußte, was eine Verzögerung von einem Jahr bedeutete.

Daß die Arbeiterbewegung den Nationalsozialismus nicht an der Machtergreifung gehindert und ihn auch nicht aus eigener Kraft gestürzt hatte, das lastete schwer auf den Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Neuaufbau machten. Dennoch glaubten sie, für die Arbeitnehmer einen ersten Platz beim Wiederaufbau des Landes beanspruchen zu können: Aufgrund der Leiden und Verfolgungen, denen die Arbeiterschaft nach 1933 ausgesetzt war, auch weil ihre Kerntuppen allen Verlockungen des nationalsozialistischen Regimes standgehalten hatten. Und dieser Wiederaufbau sollte nach den Vorstellungen der Arbeitnehmer vonstatten gehen. Er sollte Militarismus und Nationalismus, die beiden furchtbaren Geißeln Deutschlands in den zurückliegenden Jahrzehnten, ein für allemal ausrotten. Das hieß vor allem: restlose Beseitigung der Nationalsozialisten aus führenden Positionen in Wirtschaft und Verwaltung, Einführung der Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung der Grundstoffindustrie, stärkere Planung und Lenkung der Produktion.

Die Besatzungsmächte hielten von solch weittragenden Plänen wenig. Alles in allem versuchten sie, den Gewerkschaftsaufbau zu bremsen und die Gewerkschaften selbst möglichst nahe bei einer „Brot-und-Butter-Politik“ zu halten.

In den ersten Wochen und Monaten nach dem Sturz des Nationalsozialismus war die Bautätigkeit noch sehr rege. Es gab keine festen Richtlinien der Militärregierung, oder sie hatten sich noch nicht durchgesetzt. Spätestens mit dem August/September 1945 änderte sich das Bild. In der britischen und amerikanischen Zone wurde der Gewerkschaftsaufbau in das starre Korsett eines Drei-Phasen-Modells gezwängt: Gründung, dann Ausbau der örtlichen Organisationen, dann erst überörtlicher Zusammenschluß. In der französischen Zone wurde lange Zeit rigoros alles unterbunden, was über den örtlichen Aufbau hinausging, Kontaktaufnahme mit Gewerkschaftern anderer Zonen strikt untersagt.

Die Fixierung auf den örtlichen Aufbau begünstigte einen Lokalpatriotismus, der sich bei späteren Bestrebungen zur Vereinheitlichung allzu oft hemmend bemerkbar machte. Als Josef Dozler (späterer Landesleiter der NGG in Nordrhein-Westfalen) versuchte, die ostwestfälischen Nahrungsmittelarbeitergewerkschaften zum Anschluß an die Nordrheinprovinz zu bewegen, hielt man ihm entgegen, daß man nur gewillt sei, eine Organisation aufzubauen, wenn es auf lokaler Grundlage geschehe.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Josef Dozler: Die gesprengte Zwangsherrschaft. In: Einigkeit. Zentralorgan der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten. 2. 1. 1950.

Im Südwesten war es ähnlich. Eduard Backert, der über siebzig Jahre alte ehemalige Vorsitzende des VNG, mußte im November 1946 und im April 1947 eigens aus Zepernick bei Berlin anreisen, um seinen alten Kollegen die Vorbehalte gegen eine Verschmelzung auszureden.

Am frühesten setzten die Koordinierungsversuche in Nordrhein-Westfalen ein. Schon am 23. Januar 1946 versammelten sich halb illegal (eine Genehmigung der Militärregierung lag nicht vor) 12 hauptamtliche Funktionäre der NGG in Düsseldorf und bildeten einen provisorischen Vorstand.

Wilhelm Frank führte auf dieser Konferenz noch lebhaftige Klage über die britische Militärregierung, die es nicht gestattet habe, eine zentralistisch strukturierte Allgemeine Gewerkschaft aufzubauen. Nach diesem Modell wäre den Industriegewerkschaften nur die Rolle autonomer Fachgruppen der Allgemeinen Gewerkschaft zugekommen, in deren Zuständigkeit nicht nur die Beitragshöhe gefallen wäre, sondern all das, was an gewerkschaftlicher Politik über den unmittelbaren Bereich der Fachgruppen hinausging.

Daß viele Gewerkschafter nach 1945 die Allgemeine Gewerkschaft vorzogen, hat praktische Gründe. An Räumen, an Büromaterial herrschte großer Mangel. Da lag es nahe, sich mit anderen Wirtschaftsgruppen zusammenschließen, um knappe Mittel besser einsetzen zu können. Ein fester zentraler Zusammenschluß schien bessere Möglichkeiten zu bieten, sich in den Aufbau der Wirtschaft einzuschalten und dafür zu sorgen, daß die Demokratie diesmal nicht wieder vor dem Fabriktor Halt machte. Auf der anderen Seite fürchtete man, mit der Allgemeinen Gewerkschaft werde ein bürokratischer Wasserkopf herangezüchtet, der die Initiative von unten erstickte.

Die Sympathien der Mitgliedschaft lagen nicht eindeutig bei dem einen oder anderen Modell. Wie eine freie Entscheidung ausgegangen wäre, muß offen bleiben. Die feste Haltung der Militärregierung – sollten die Gewerkschaften auf der zentralen Allgemeinen Gewerkschaft beharren würde eben die weitere Aufbauarbeit untersagt werden – gab den Ausschlag. Auf der Düsseldorfer Funktionärskonferenz der NGG konnte man diese Entwicklung nur noch beklagen, zu ändern war sie kaum noch.

Am 28. Juli 1946 trat in Düsseldorf der erste Verbandstag der NGG der Nordrheinprovinz zusammen. Man wählte einen provisorischen Vorstand, um die Vereinigung mit den westfälischen Verbänden nicht zu gefährden. Auf getrennten Verbandstagen der sechs westfälischen Bezirke wurde einzeln der Vereinigung mit der Nordrheinprovinz zugestimmt, die im November 1946 als vollzogen gelten konnte. Etwa zeitgleich erfolgte der Zusammenschluß von Hamburg und Schleswig-Holstein.

Am 30. Juli und 1. August 1947 schließlich konnte in Hamburg der Gründungsverbandstag der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten für die britische Zone zusammentreten. Die Verbände aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die bis dahin selbständigen Organisationen der Tabakarbeiter, der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten, schlossen sich zusammen. Hamburg wurde zum Sitz des Verbandes bestimmt, Gustav Pufal zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Die Aufgabe der NGG, hatte Pufal in seiner Eröffnungsrede betont, müsse auf wirtschaftlichem Gebiet liegen: „Dazu gehört die Säuberung der Wirtschaftsführung von nationalsozialistischem Gedankengut, die Anleitung und die Unterstützung der Betriebsräte bei ihrer Arbeit in den Betrieben sowie die Einschaltung des Verbandes in die für sie in Frage kommenden Industrie- und Gewerbebranchen in allen wirtschaftlichen Fragen.“<sup>8</sup>

In verschiedenen, einstimmig angenommenen Entschlüssen forderten die Delegierten u. a., mit Betriebsvereinbarungen das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu verankern und ein Nachtbackverbot zwischen 22 und 6 Uhr.

#### Zusammenschluß auf trizonaler Ebene

Neben der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten der britischen Zone, die Ende 1947 an die 120000 Mitglieder hatte, hatten sich in den beiden anderen westlichen Besatzungszonen sechs unabhängige Landesgewerkschaften herausgebildet: Industriegewerkschaft Nahrung-Genußmittel-Gaststätten, Bayern (34810 Mitglieder); Landesberufsgewerkschaft der Nahrungs- und Genußmittelbetriebe, Süd-Württemberg (knapp 1000 Mitglieder); Landesgewerkschaft Nahrung, Getränke, Gastwirtsgewerbe und Tabakindustrie, Südbaden (knapp 3600 Mitglieder); Industrieverband Nahrungs-, Genußmittel- und Beherbergungsgewerbe, Nordwürttemberg/Nordbaden (23171 Mitglieder); Landesgewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Pfalz und die Landesgewerkschaft der Arbeitnehmer im Nahrungs-, Genußmittel- und Gaststättengewerbe, Hessen (13125 Mitglieder).

Wie man weiter vorgehen sollte, ob man eine Vereinigung zunächst der Westzonen anstreben oder mit der Industriegewerkschaft Nahrung und Genuß der sowjetischen Besatzungszone eine Reichsgewerkschaft bilden sollte, war keine Frage mehr. Zu viele drängende Probleme türmten sich in den drei westlichen Besatzungszonen auf, die eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation erforderten, wenn die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten wer-

<sup>8</sup> Protokoll der Verhandlungen des Gründungsverbandstages der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten in Hamburg vom 30. Juli bis 1. August 1947. Hamburg o. J., S. 12.

den sollten. Eine Konferenz der Landesgewerkschaften aus Bayern, Hessen und Württemberg-Baden am 27./28. Februar 1948 in Stuttgart-Wangen, auf der auch Gastdelegierte aus der SBZ vertreten waren, stimmte für den bizonalen Zusammenschluß.

Von den organisatorischen Erfolgen des FDGB zeigte man sich zwar ange-  
tan, verkannte aber nicht den Preis, um den sie erkaufte worden waren. Ein  
Modell sah man dort schon gar nicht. „An den Osten können wir uns nicht  
anlehnen und aus einem großkapitalistischen Staat können wir ebenfalls keine  
besonderen Erwartungen schöpfen. Wir müssen eben unsere eigene Politik  
machen“,<sup>9</sup> so Albert Rempel, der Vorsitzende des Industrieverbands Nah-  
rungs-, Genußmittel- und Beherbergungsgewerbe Nordwürttemberg/Nordba-  
den auf der Generalversammlung der Ortsverwaltung Stuttgart am 16. März  
1947.

Wenigstens der Kontakt mit der IG Nahrung und Genuß in der SBZ sollte  
aufrechterhalten werden. Die Hoffnung, durch Beziehungen auf gewerk-  
schaftlicher Ebene eine weitere Aufspaltung Deutschlands verhindern zu kön-  
nen, wollte man nicht ohne Not aufgeben. Für April/Mai 1948 war auf Drängen  
der süddeutschen Verbände noch einmal eine Interzonenkonferenz der Nah-  
rungs- und Genußmittelarbeitergewerkschaften anberaumt worden. Die Mög-  
lichkeiten gewerkschaftlicher Außenpolitik in der Ost-West-Richtung waren  
indes gering. Die sowjetische Blockade Berlins, derentwegen auch die Interzo-  
nenkonferenz ins Wasser fiel, brachte alle diesbezüglichen Bemühungen zu  
einem vorläufigen Ende.

Nach der Konferenz von Stuttgart-Wangen wurde ein Arbeitsausschuß ein-  
gesetzt, der die notwendigen Vorbereitungsarbeiten erledigen sollte. Erst nach  
längerem Hin und Her bekamen die Landesgewerkschaften im französischen  
Besatzungsgebiet die Erlaubnis, sich im Arbeitsausschuß vertreten zu lassen.  
Ende 1948 war der Satzungsentwurf fertig und konnte den Ortsverwaltungen  
zugestellt werden.

Vom 24. bis 26. Mai 1949 tagte der Verschmelzungsverbandstag in Mün-  
chen, auf dem sich alle Landesgewerkschaften zur Industriegewerkschaft Nah-  
rung-Genuß-Gaststätten zusammenschlossen. Der Verband der Nahrungs-  
und Genußmittelarbeiter und Gaststättengewerbe in der Berliner Unabhä-  
ngigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) war mit Gastdelegierten in München  
vertreten. Erst zwei Jahre später, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftstag der  
NGG, wurde die UGO der NGG angegliedert.

<sup>9</sup> Protokoll der Generalversammlung der Ortsverwaltung Stuttgart vom 16. März 1947. Depositum NGG, Archiv der  
sozialen Demokratie, Bonn.

„Wir wollen uns in den kommenden Tagen ein Haus bauen und ein Gesetz  
schaffen, das jedem Mitglied Schutz vor Ausbeutung und Hilfe in seinem sozia-  
len Kampf bietet. Als Grundpfeiler, worauf wir dieses Haus einrichten, lassen  
sie uns die Begriffe Freundschaft, Vertrauen, Solidarität, Humanität setzen  
[...] Lassen Sie uns frei von jeder Parteipolitik für die Völkerverständigung  
und für die Sicherung des Weltfriedens werben. Wir wollen kämpfen gegen  
jede Vergewaltigung und Tyrannei zum Wohle unserer Mitglieder und darüber  
hinaus der Arbeiterschaft der ganzen Welt“,<sup>10</sup> sagte Gustav Pufal unter star-  
kem Beifall auf der Eröffnungsfeier, die im Saal des Deutschen Museums in  
München stattfand. Hans Böckler ergänzte: „Wir haben uns nicht mehr und  
nicht weniger vorgenommen, als dem arbeitenden Menschen endlich in der  
Wirtschaft und in der Gesellschaft zu dem Ansehen zu verhelfen, zu der Stel-  
lung, die jedem arbeitenden Menschen, ja jedem Menschen ein für allemal  
gebührt. Wir wollen ihm sein Erstgeburtsrecht sicherstellen, wir wollen ihn aus  
einer Abhängigkeit erlösen, in der er nun seit allzulanger Zeit schmachtet.“<sup>11</sup>

---

Alexander von Plato

---

## „Was wäre ohne uns?“

### Betriebsräte nach 1945

---

Dr. Alexander von Plato, geb. 1942, studierte Philosophie, Germanistik,  
Politikwissenschaft und Soziologie in Berlin/West und ist wiss. Mitarbeiter  
an der Fernuniversität Hagen.

„Mit einigen Dingen, die damals schon durchgesetzt waren, schlagen wir uns  
heute noch herum“

Vor vierzig Jahren begann ihre „große Zeit“: Mit Stolz erinnern sich heute  
alte Ruhrgebiets-Betriebsräte jener Nachkriegsjahre, als sie – häufig ohne die  
untergetauchten Chefs – darangingen, die Betriebe instandzusetzen, die Frie-  
densproduktion anzukurbeln, die Einheitsgewerkschaft zusammen mit alten

<sup>10</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Vereinigungs-Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Nahrungs-  
Genuß-Gaststätten für das Gebiet der amerikanisch, britisch und französisch besetzten Zonen Deutschlands in  
München vom 24. bis 26. Mai 1949. Hamburg o. J. (1949), S. 53.

<sup>11</sup> Ebda., S. 36.

Funktionären aufzubauen und vor allem „zu organisieren“, also durch Kompensationsgeschäfte „ihre“ Belegschaften zu versorgen.<sup>1</sup> Sie taten dies trotz der Beschränkungen der Besatzungsbehörden besonders beim Aufbau der Gewerkschaften,<sup>2</sup> trotz ungeheurer Probleme durch Zerstörung, wirtschaftliche Not, verstreute Belegschaften und zerrissene Familien.

Neben den genannten Aufgaben waren es vor allem die Entnazifizierung und die Demontage, mit denen sich die Betriebsräte zu befassen hatten. Bereits bei den ersten Belegschaftsversammlungen kam es zu „spontanen Entnazifizierungen“:

„Der Nazi-Betriebsleiter wurde als Vorarbeiter eingestuft und ein demokratisch gesinnter Meister wurde als Betriebsleiter eingesetzt. Der Nazi-Betriebschef, der mittlerweile während der Versammlung erschienen war, wurde vor die Alternative (!) gestellt, diese Beschlüsse zu akzeptieren.“<sup>3</sup>

Ein kommunistischer Mitbegründer einer der ersten Betriebsgewerkschaften im Sommer 1945 beschrieb in einem Bericht aus dem Jahre 1947 die Grundsätze dieser neugeschaffenen Betriebsorganisation:

- „1. Zusammenschluß aller antifaschistischen Hand- und Kopfarbeiter.
2. Geistige Erfassung aller nationalsozialistischen Bestrebungen und endgültige Bereinigung der Betriebe.
3. Unterstützung aller Mitglieder (der Betriebsgewerkschaft) in lohnpolitischer und sozialer Hinsicht.
4. Regelung der Arbeitszeit und Lohnfrage mit den Besatzungsbehörden.“<sup>4</sup>

Die Entnazifizierung, für die die Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrats vom 10. April 1946 auch offiziell zuständig wurden, stärkte ihre Position gegenüber den Unternehmern, von denen viele „braunen

Dreck am Stecken“ hatten. Einige ehemalige „Gefolgschaftsführer“, also Direktoren, sollen es dem „Betriebsrat noch jahrelang gedankt“ haben, wenn sie von ihm „Persilscheine“ bekommen hatten. Im Kampf gegen die Demontage, den die Betriebsräte häufig zum „Arbeitsplatzerhalt“ führten, tauchten dagegen auch gemeinsame Interessen mit den Unternehmern auf.

Es scheint aber vor allem die Versorgung der Belegschaften – wohl die einzig wirklich kollektive „Organisierung“ in der Nachkriegsnot mit ihren tiefen moralischen Brüchen in der Schwarzmarktzeit – durch Betriebsräte und Gewerkschaften gewesen zu sein, die die Basis für das Vertrauen schuf, das beide seitdem in industriellen Ballungszentren genossen:

„Damals hat man geglaubt, die Gewerkschaft kann einfach alles: die kann uns Wohnungen besorgen, die kann uns Dächer besorgen, alles wieder im Tauschgeschäft. Das kann die Gewerkschaft alles. Das ist im Grunde gar nicht an dem gewesen. Aber sie hat dazu beigetragen, weil sie ja Leute hatte, die waren im Ernährungsausschuß der Stadt, im Wiederbeschaffungs-, im Wohnungsausschuß.“<sup>5</sup>

Gegenüber der Versorgung scheinen die „großen politischen Fragen“ wie die Sozialisierung, die Einheit Deutschlands oder die Westorientierung in der Arbeit der Betriebsräte eine eher untergeordnete Rolle gespielt zu haben – trotz vieler öffentlicher Erklärungen. Ein früherer Betriebsrat:

„Wir mußten zunächst einmal für Essen, Kleidung, Schuhe und Lebensmittel sorgen [...]. In den Betrieben mußte die Produktion wieder angekurbelt werden, und die ganze Belegschaft hat die Ärmel hochgekrempelt und fest zugepackt [...] Das waren die Probleme (neben Demontage und Entnazifizierung), vor denen wir standen und mit denen wir fertig werden mußten. Es ging nicht um weitergehende gesellschaftspolitische Fragen wie z. B. Enteignung, Sozialisierung oder wie soll es mit Deutschland gesellschaftspolitisch weitergehen.“<sup>6</sup>

In den ersten Jahren nach 1945 entwickelte sich, auch durch die erstarkte Stellung der Betriebsräte, eine „spontane Mitbestimmung“. Das alliierte Betriebsrätegesetz legte sehr wenig Pflichten und Rechte der Betriebsräte fest: Es gab keine Friedens- oder Schweigepflicht, aber auch kaum fixierte Mitbestimmungsrechte, die allerdings in Betriebsvereinbarungen bei entsprechender Stärke und Kampfbereitschaft der Belegschaften und der Betriebsräte durchgesetzt werden konnten – wie in den folgenden Beispielen:

„Der Betriebsrat wirkt entscheidend mit bei der grundsätzlichen Regelung der Produktion, der Preisgestaltung und des Absatzes.“

„Der Betriebsrat wirkt mit bei der Regelung der Produktion. An den monatlichen technischen Besprechungen nimmt der Betriebsratsvorsitzende und dessen Vertreter

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz fußt auf einer Untersuchung von ca. 40 langen Lebensberichten von Betriebsräten und Gewerkschaftlern des Metall- und Bergbaubereichs im Ruhrgebiet; sie war Teil des Forschungsprojektes „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 - 1960“, das unter Leitung von L. Niethammer durchgeführt wurde. Vgl. Lutz Niethammer (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Berlin/Bonn 1983 (Dietz); ders.: „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Berlin 1983. Hier sind auch erste Ergebnisse meiner Untersuchung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre abgedruckt.

Die gesamte Untersuchung ihrer Erfahrungen von Weimar bis heute in: A. v. Plato: „Der Verlierer geht nicht leer aus.“ Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin/Bonn (Dietz) 1984. Der hier vorgelegte Aufsatz ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Textes, der enthalten ist in: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.“ Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, hrsg. von Lutz Niethammer, Bodo Hombach, Tilman Fichter, Ulrich Borsdorf, Berlin/Bonn 1984.

<sup>2</sup> Zur Entwicklung der Gewerkschaften vgl. Borsdorf/Hemmer/Martiny (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien. Mit einem Vorwort von Heinz O. Vetter, Köln/Frankfurt a. M. 1977. Und Ulrich Borsdorf: Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen, Wuppertal 1974, S. 385-413.

<sup>3</sup> „Drei Jahre Gewerkschaftsaufbau“, o.O./o.J. (Essen 1947) von Richard Riegel, damals Erster Bevollmächtigter der IG Metall Essen, in: Archiv Ernst Schmidt, Essen.

<sup>4</sup> Bericht Walter Slottkes „Drei Jahre Gewerkschaftsaufbau“, Essen 1947, ebenfalls im Archiv Ernst Schmidt, Essen.

<sup>5</sup> Interview Konrad Vogel (Namen wurden geändert).

<sup>6</sup> Interview Werner Jabel.

ter teil. Fragen der Preisgestaltung und des Absatzes werden mit dem Betriebsrat besprochen.“ Der Gewerkschaft wurde das Recht eingeräumt, an Sitzungen des Betriebsrats bzw. der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat mit beratender Stimme teilzunehmen.<sup>7</sup>

Wie hier konnte in vielen Betrieben 1946/47 eine weitgehende Mitbestimmung durch die Betriebsräte selbst erreicht werden, wenn sie sich mit den Belegschaften für Regelungen im einzelnen Betrieb zusammenschlossen, während die Montanmitbestimmung von 1951 auf der Ebene des Aufsichtsrats und des Vorstandes „Arbeitnehmervertretern“ (also auch „betriebsfremden Gewerkschaftsrepräsentanten“) Mitwirkung brachte. Schon 1952 fiel das Betriebsverfassungsgesetz jedoch weit hinter die faktischen oder in Betriebsvereinbarungen festgelegten Mitbestimmungsmöglichkeiten der ersten Nachkriegsjahre zurück und versuchte überdies, durch die Schweige- und Friedenspflicht einen Keil zwischen Belegschaften und ihre Betriebsräte zu treiben. Ein alter Betriebsrat:

„Das Betriebsverfassungsgesetz war Scheiße. Das machte alles kaputt, was wir gemacht hatten. Wo gibt es denn Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz? Nur Anhörungen. Die Chefs wurden auch andere Menschen, nämlich Herren. Ich war dann mitten drin zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung.“  
Ein anderer: „Mit einigen Dingen, die damals schon durchgesetzt waren, schlagen wir uns heute noch herum [...] Die Kumpels haben die Betriebe aufgebaut und die Arbeitgeber kamen nachher ins gemachte Nest. Und dann kam die Umkehrung. Dann haben sie das ‚schöne‘ Betriebsverfassungsgesetz verfaßt und haben den Betriebsrat als Ordnungsfaktor in den Betrieb eingebaut – zumindest sollte [...]“<sup>8</sup>

So erscheinen die Betriebsräte und Gewerkschafter in den Betriebsakten und in ihren eigenen Erinnerungen als *die* betrieblichen Repräsentanten einer „linken Hegemonie“ in den ersten Nachkriegsjahren (1945 – 1952): selbstbewußt, antifaschistisch, hart in der Interessendurchsetzung. Aber: Welche Basis hatten sie nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft? Wie hatte das „Tausendjährige Reich“ auf sie selbst und besonders auf ihre jüngeren Nachfolger gewirkt?

#### Vorerfahrungen zweier Funktionärsgenerationen

„Am 20. 4. 1945 ging ich um 7 Uhr morgens zu meinem Betrieb Wallram in Essen Süd und beauftragte einen Lehrling, die anwesenden Arbeiter und Angestellten zu informieren, daß um 8 Uhr eine Belegschaftsversammlung stattfindet. Der Lehrling sah mich ungläubig an und meinte: ‚Was ist denn das – eine Belegschaftsversammlung?‘ Ich sagte: ‚Gleich wirst du es erfahren. Höre dann gut zu.‘“<sup>9</sup>

Diese Episode lenkt den Blick sinnfällig auf die unter nationalsozialistischer Herrschaft entstandenen Erfahrungsunterschiede der Generationen: Der Lehrling hatte noch niemals etwas von Belegschaftsversammlungen gehört, während der Alte in der Weimarer Republik bereits kommunistischer Betriebsrat gewesen war und später im KZ mißhandelt worden war.

Aber die 12 nationalsozialistischen Jahre sind auch an diesen „Alten“ (Jahrgänge bis 1910) nicht spurlos vorübergegangen. Sie erzählen von der Angst nach der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 und von der großen Enttäuschung, die sie angesichts der Anpassung von Kollegen, Freunden und Genossen an das NS-Regime verspürt hatten. Von „umgefallenen“ Genossen ist die Rede, von früheren Freunden aus dem Arbeitersport, die das gewöhnliche „Guten Tag“ mit einem „Heil Hitler! heißt das hier – merk Dir das“ beantworteten, oder von Nachbarn, die sofort nach dem 30. Januar 1933 die Hakenkreuzfahne hißten. Besonders mißtrauisch waren die Alten wohl gegenüber Jugendlichen, die vom Nationalsozialismus in den Griff genommen wurden. Einige Alte, die die Weimarer Zeit bereits als Aktive erlebt hatten, konnten sich diese Anpassung nur damit erklären, daß „der Mensch eben manipulierbar“ sei, und entwickelten Mißtrauen auch gegen ihre Kollegen und Genossen. Trotzdem war der Betrieb neben der Familie und der engsten Nachbarschaft in alten „roten“ und „schwarzen“ Vierteln der Ort, wo man doch noch Ansätze kollektiver Solidarität erfuhr. Wichtiger wurde jedoch der *individuelle* Schutz vor Denunziation und Einziehung zur Front dadurch, daß man qualifizierte und ordentliche Facharbeit leistete und ein gutes Verhältnis zu Vorgesetzten hatte: „Mir konnten sie nix, weil ich ein guter Arbeiter war.“

Das scheint einen Trend verursacht zu haben zur Individualisierung bei den früher in der Arbeiterbewegung Aktiven, von denen die meisten Befragten sich nicht organisierten Widerstandsgruppen anschlossen, wenn man sich auch mit Wehmut der alten Solidarorgane erinnerte und sie zurücksehnte. Einige versuchten in dieser Individualisierung in ihrem Beruf eine höhere Position zu erreichen, die eine u.-k. (unabkömmliche)-Stellung erhoffen ließ. Viele hatten auch „Fremdarbeiter“ unter sich, von denen mit einer schwer interpretierbaren Mischung aus mitleidvoller Fürsorge und Überlegenheitsgefühl berichtet wird. Aufstiegsbewußtsein und Leistungsdenken scheint sich während der NS-Zeit auch bei denen, die sich früher in der kommunistischen, katholischen oder sozialdemokratischen Arbeiterbewegung engagiert hatten, zumindest verstärkt zu haben. Da man als bekannter früherer „Roter“ oder „Schwarzer“ jederzeit besondere Verfolgungsmaßnahmen befürchten mußte, wagte man ein offenes politisches Wort nur im engsten Familien- oder Freundeskreis. Die Familie erhielt nun oft jenes Gewicht, das für diese ehemals Aktiven früher politische Zusammenhänge besessen hatte – trotz oder vielleicht auch wegen

<sup>7</sup> Nach Betriebsratsakten der Firmen Essener Eisenwerke und Wallram (im Besitz des Autors).

<sup>8</sup> Interviews Ernst Stecker und Emil Oppeln.

<sup>9</sup> Bericht Richard Riegels, a.a.O.

ihrer ständigen Bedrohung durch Kinderlandverschickung, HJ (Hitler-Jugend) oder BDM (Bund deutscher Mädel); schließlich durch Krieg und Evakuierung.

Viele mußten auch feststellen, daß gerade das „arbeiterfeindliche NS-Regime“ die große Arbeitslosigkeit reduzierte, daß es eine gewisse Verbesserung des Lebensstandards und sogar einzelne soziale Errungenschaften brachte: besondere Erwähnung finden „sichere Arbeit“, Lohn oder die Urlaubsreise mit der KdF („Kraft durch Freude“). Dies nicht anzuerkennen hätte nicht nur Gefährdung, sondern auch eine Teilisolierung im Kollegenkreis bedeutet. Deshalb spalteten sich solche ersten mageren Wohlstandserfahrungen im Bewußtsein von den politischen Zielsetzungen ab – sowohl von den eigenen wie von denen der Nazis, auch wenn einige die Ursache der Verbesserungen erkannten: die Kriegskonjunktur.

Alles in allem: Die Alten hatten Narben aus dem Dritten Reich davongetragen, waren individualistischer, mißtrauischer, stärker leistungs- und aufstiegsorientiert geworden, hatten in ihrer schwejschen Durchmogelei und Überlebensstrategie auch mal „fünfe gerade sein lassen“ müssen. Die alten Arbeitermilieus und ihre einstigen politischen Zusammenhänge bekamen während des Nationalsozialismus – und nicht allein durch seinen Terror – tiefe Risse. Trotzdem blieben die meisten Aktiven aus der Weimarer Zeit im großen und ganzen ihrer Überzeugung treu und standen 1945 „wieder auf der Matte“. Wer Krieg und KZ überlebt hatte oder als u.-k.-Gestellter am Arbeitsplatz bleiben konnte, stand jetzt, 1945, für die ersten Betriebsfunktionen bereit und erlebte „seine große Zeit“.

Ganz andere Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus machten die Jungen (Jahrgänge nach 1920), die schon 1948 zirka ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder stellten: Sie kannten die alten Solidarorgane der Arbeiterbewegung nicht oder nur vom Hörensagen. Fast alle begannen ihre Ausbildung, die Lehre oder den Beruf nach 1933; die meisten von ihnen waren über kürzere oder längere Zeit im Deutschen Jungvolk, der (Jungen-)HJ oder dem BDM. Viele waren in der KLV (Kinderlandverschickung), in der Evakuierung, im Reichsarbeitsdienst oder im „Pflichtjahr“. Die Mehrheit der befragten jüngeren Männer kam im Krieg an die Front oder noch zur Panzerbewachung, zur Flak- oder zur Marinehilfe. Durch all dies lernten sie neue soziale und lokale Räume kennen, was nicht nur milieuübergreifende Erfahrungen ermöglichte oder sogar die Bindung an alte Herkunftsmilieus angriff, sondern bei einigen auch ein Unabhängigkeitsgefühl gegenüber den Eltern nach dem Motto stiftete: „Mir konnte man nichts vormachen, ich war ja in der Welt herumgekommen.“

Neben diesen neuen Erfahrungen besteht einer der wichtigsten Unterschiede zu den „Alten“ darin, daß ungefähr 50 Prozent dieser jüngeren interviewten späteren Betriebsräte eine höhere Schule besuchten, diese Ausbildung aber zumeist wegen der Kriegs- und Nachkriegswirren wieder abbrechen mußten. Das könnte sie in der weiteren Nachkriegszeit für die Annahme und die Ausfüllung ihrer neuen Betriebsratsfunktion prädestiniert haben. Andere gewannen eine „neue Perspektive“ dadurch, daß sie einen höher bewerteten Beruf erlernen konnten.

Viele dieser Interviewpartner hatten gelernt, in NS-Organisationen ungewollt oder gewollt in unteren Leitungsfunktionen „Verantwortung zu übernehmen“ oder „sozial aktiv“ zu werden, da man bald Gruppen von Jüngeren zu führen hatte. Einige erzählen, daß dabei ihre soziale Herkunft keine Rolle spielte:

„(Das äußerte sich) eben darin, daß ich als Arbeiterkind jetzt Fähnleinführer war. Und mein Untergebener, wenn Sie so wollen, das war ein Abiturient [...] Also ich war ja wer und war ja auch gleichberechtigt. Daß das nicht so war, das haben wir ja erst nachher festgestellt in der Gefangenschaft.“<sup>10</sup>

Einige machten sogar Karriere in diesen Organisationen, in deren Rahmen einerseits Gemeinschaftserfahrungen gesammelt und andererseits persönliches Aufstiegsdenken gefördert wurden. Andere (die Mehrheit der jüngeren Befragten) mogelten sich durch die HJ-Dienste oder lehnten aus individuellen Gründen die NS-Organisationen ab, weil man den „vormilitärischen Drill“ nicht mochte, ein schlechter Sportler war oder „geistige Interessen“ hatte. Ganz selten ist die Erfahrung einer kollektiven Ablehnung der HJ; sie scheint am ehesten in katholischen Gemeinden oder christlichen bzw. sozialistisch-kommunistischen Aktivisten-Familien möglich gewesen zu sein, seltener natürlich in einer eigenständigen Gruppe wie z. B. den „Edelweißpiraten“. Viele der jüngeren Befragten heben – bei aller heutigen scharfen Kritik am Faschismus – soziale Leistungen des Nationalsozialismus hervor: vom Winterhilfswerk bis zur Altwarenverwertung, von der Abschaffung der Arbeitslosigkeit bis zur KdF-Reise. Ohne diese Leistungen könne man heute den „Erfolg der Nazis“ überhaupt nicht mehr verstehen.

Am Ende des „Tausendjährigen Reiches“ ist schließlich – trotz neuer Gemeinschaftserfahrungen – die Individualisierung bei den Jüngeren stärker als bei den Alten, die sich in ihrer erzwungenen Privatisierung wenigstens abstrakt mit den verschiedenen Strömungen der alten Arbeiterbewegung identifizierten; denn diese jüngeren Befragten hatten entweder bereits zuvor per-

<sup>10</sup> Interview Gisbert Pohl.

sönliche Interessen verfolgt, sich individuell durchgeschlagen oder mußten nun den Verlust der sinnstiftenden NS-Organisation verarbeiten. Die Familie wurde für manche der jugendlichen Aktivisten zum Austragungsort des Generationenkonflikts, für andere zur Schutzsphäre vor organisierter Unbill und schließlich für beide „Typen“ zum letzten Wärmeschild in einer chaotischen, zusammenbrechenden Welt, in der man sich zu bewegen gelernt hatte.

Der Nationalsozialismus scheint auch die geschlechtsspezifische Sozialisation stark betroffen zu haben. Die NS-Ideologie, die die Rolle der Frau und Mutter im familiären Raum hervorhob, geriet in der Praxis in Bedrängnis; und zwar weniger durch die Kriegsproduktion als vielmehr durch die vielfältigen Angebote für aktive Mädchen auch aus der Arbeiterklasse, durch BDM, RAD (Reichsarbeitsdienst), Flak- und Marinehilfe oder Pflichtjahr; hier konnten sie neue Aufgaben in einer außerhäuslichen Gruppe übernehmen. Junge, aber schon verheiratete Frauen nahmen häufig „Männer- oder Vaterfunktionen“ in der Familie und im Haus wahr, wenn der Mann „eingezogen“ war. Gerade die jungen Frauen, die solche Aktivitätserfahrungen gemacht hatten, drängten bald nach neuer Orientierung, Aktivität und Bewährung im häuslichen oder außerhäuslichen Bereich.

Das Bild vom harten deutschen Jungen mit sportlichen, praktischen Fähigkeiten, Durchsetzungsvermögen und Führungstauglichkeit wurde in den hierarchischen Organisationen und besonders im Krieg noch schärfer als zuvor gezeichnet; gleichzeitig erfuhren solche Männer dann Todesängste an der Front, mußten Leiden und Schrecknisse in dieser Männerwirklichkeit verdauen. Die Erfahrungsunterschiede früherer Art zwischen den Geschlechtern wurden auf diese Weise noch erweitert; es gab aber auch neue Gemeinsamkeiten durch die Erfahrungen in den NS-Organisationen.

Die Jungen wie die Alten zeigten – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – ein ausgeprägtes Arbeitsethos mit Stolz auf die eigene Arbeit, ein technisch-ökonomisches Fortschrittsdenken und eine gewisse Technikfaszination. Mehr als die Alten verbanden die Jüngeren in ihren Selbstdeutungen Aufstiegsdenken und Leistungsbewußtsein mit sozialem Engagement. Die meisten der Männer aus den jüngeren Jahrgängen, die an der Front waren, kamen enttäuscht zurück, empfanden häufig das Kriegsende nicht als Befreiung, sondern als Niederlage und „fühlten (sich) betrogen“. Daß die meisten von ihnen mit „Politik nichts mehr im Sinn“ hatten („einmal und nie wieder eine Partei“), scheint aus ihren Biografien heraus verständlich und zeigt einen großen Unterschied zu den Alten. Nur die ganz jungen der Jahrgänge 1930 – 32 suchten schnell wieder ein neues Betätigungsfeld und neue Sinnorientierungen. Die etwas älteren Soldaten dagegen brauchten eine Denkpause. Erst nach Gefan-

genschaft, Ausbildung, Berufsfindung oder beruflicher Tätigkeit wurden sie aktiv, zunächst in der Gewerkschaft oder dem Betriebsrat, gerade weil man diese Institutionen damals noch als unpolitische, „rein soziale“ Institutionen begriff, und dann erst in der Politik, zumeist in der SPD. Alle Befragten begreifen sich heute als Antifaschisten.

Diese „HJ-Generation“, die ihre ersten Erfahrungen im Nationalsozialismus machen mußte, bekam in der Aufbauzeit der Bundesrepublik wachsende Bedeutung auch an der Basis der Arbeiterorganisationen. Die Frage, was dies bedeutet, ist bisher noch kaum zum Thema für die Geschichtsschreibung über die deutschen Gewerkschaften geworden.

### „Vom Kartoffelbetriebsrat zum Sozialplanbetriebsrat“

Nach den Lebensberichten der befragten Betriebsräte scheint also die Basis der Linken nach 1945 auf den zweiten Blick schwächer als auf den ersten: Die Repräsentanten der alten Arbeiterbewegung waren eben nicht die alten geblieben und eine veränderte junge Generation wuchs heran. Die Alten hatten zwar aus der Weimarer Zeit noch ihre weitergehenden, wenn auch angeschlagenen gesellschaftlichen Visionen im Kopf, die für ihre Betriebspolitik jedoch zunehmend geringere Bedeutung bekamen und mit denen die Jüngeren nur wenig anfangen konnten. Die Alten waren eben mißtrauischer auch gegenüber Kollegen geworden, und gerade in der Nachkriegszeit hatten sich viele dieser Kollegen auf die persönliche Bewältigung der Nachkriegsnot geworfen, so daß hier eine der Ursachen für das zu beobachtende „patriarchalisch-fürsorgliche Stellvertreterbewußtsein“ der Alten liegen könnte. Es ging allgemein auch in der Arbeiterschaft wohl hauptsächlich um das persönliche ökonomische Überleben und um die familiäre Versorgung; die großen politischen und weltanschaulichen Entwürfe standen hinten an.<sup>11</sup>

Eines der größten Probleme beim Aufbau der Betriebsräte und der Einheitsgewerkschaften dürfte – das wird aus den Lebensberichten besonders der Frauen deutlich – die mangelnde Einbeziehung der Frauen in die (leitende) Arbeit gewesen sein. Frauen erwähnen häufig solche Zurücksetzungen, während ihre männlichen Kollegen meinen, Versuche in diese Richtung seien zumeist an den Frauen selbst gescheitert.<sup>12</sup>

11 Vgl. hierzu Ulrich Borsdorf: „Speck oder Sozialisierung?“ in: Glück auf, Kameraden! Hrsg. von Hans Mommsen und Ulrich Borsdorf, Köln 1979, S. 345 ff.

12 Vgl. Interviews Klarissa Leibold oder Erna Waas bzw. Interview Berger. Vgl. dazu auch als zeitgenössisches Beispiel die Ablehnung der eigenen Kandidatinnenliste auf der Gründung der IG Metall (ursprünglich: Industriegewerkschaft Metall des FDGB), Gründungsprotokoll vom 7. 4. 1946, im Ordner „Delegiertenkonferenzen ab 7. 4. 1946“ der IG Metall Essen (in meinem Besitz); oder zu diesem Problem den Geschäftsbericht der Industriegewerkschaft „Metall“, Ortsverwaltung Essen o. O. und o. J. (Essen 1948) S. 10.

Von Politik hatten viele der Jüngeren, früher ein Reservoir der Kommunisten, „die Schnauze voll bis oben hin“, und die KPD vermochte im Kalten Krieg dem „Totalitarismusverdacht“ nicht zu begegnen – im Gegenteil. Der Marshall-Plan und seine Verlockungen für eine neue Orientierung mit praktischen Vorteilen versetzte den Kommunisten, die 1945 zunächst einen erheblichen Teil der Betriebsräte gestellt hatten,<sup>13</sup> den letzten Schlag. Eine Reihe kommunistischer Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre wurde Anfang der fünfziger Jahre aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und zu ihrem Ärger manchmal durch Jüngere ersetzt, die sie „noch mit Schwertern als HJler“ gekannt hätten.

In den fünfziger Jahren waren die Betriebsräte der Großbetriebe nahezu ausschließlich Sozialdemokraten und sie kamen aus sehr unterschiedlicher Richtung: alte Sozialdemokraten; solche, die früher in der KPD oder in der katholischen Arbeiterbewegung aktiv gewesen waren; ehemals national orientierte Angestellte; Junge, die im Nationalsozialismus ihre ersten öffentlichen Erfahrungen gemacht hatten; „Neuergleute“ aus ländlichen Gebieten usw. Sie alle kamen über die Gewerkschaft als *Durchgangsschleuse* zur SPD, die dadurch stärker als in der Weimarer Zeit eine breite, feste Basis im Ruhrgebiet gewann und sich durch diese Mischung zugleich veränderte.

Die integrativen Faktoren lagen vor allem im ökonomischen Bereich. Der Schwarzmarkt bis zur Währungsreform scheint zu einer Schule des kapitalistischen Marktes geworden zu sein, an dessen Ergebnissen man teilhaben wollte. Der ökonomische Erfolg wurde zur Grundlage des bundesrepublikanischen Konsenses: „Teilhabe der Arbeitnehmer (nicht nur der Arbeiter) am ökonomischen Aufstieg; Beteiligung der Organe der Arbeiterbewegung an den sozialstaatlichen Institutionen.“ Das daraus resultierende, bis vor kurzem äußerst erfolgreiche politische Modell scheint weniger auf politischen Programmen und Konzepten basiert zu haben als auf der Macht zur ökonomischen Verteilung, auf Beschwerdemöglichkeiten und einem weitverzweigten Beziehungsnetz von Betriebsräten, Gewerkschaftern und sozialdemokratischen Politikern auf betrieblicher und staatlicher (vor allem kommunaler) Ebene sowie in SPD und Gewerkschaft.

<sup>13</sup> 1945 – 1947 besaßen die Kommunisten im Metallbereich und Bergbau des Ruhrgebiets einen leichten Vorsprung vor den Sozialdemokraten bei den Betriebsratswahlen mit zwischen ca. 35 bis über 50 Prozent der Stimmen; 1948 waren es noch 33 Prozent, 1950 ca. 20 Prozent. Genaueres hierzu bei Hartmut Pietsch: Militärrégierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städtchen des Ruhrgebiets 1945 bis 1948. Duisburger Forschungen Band 26, Duisburg 1978, S. 312. Kleßmann/Friedemann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946 – 1948, Frankfurt/New York (campus) 1977, S. 69. Christoph Kleßmann: Betriebspartei-gruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der west-deutschen Arbeiterbewegung 1945 – 1952, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 31. Jahrgang 1983, Heft 2 (April), S. 272 – 307. A. v. Plato: Der Verlierer..., a.a.O., S. 211 ff.

Nach der Etablierung der Bürgerblockregierung unter Adenauer und nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 schrumpfte der Handlungsspielraum der Betriebsräte auf einen Katalog zusammen, der im krassen Widerspruch zu ihren Kompetenzen in den ersten Nachkriegsjahren stand: Ein- und Umgruppierungen bei den Löhnen, Arbeitszeitregelungen, Arbeitsorganisation, Arbeitssicherheit, Reparatur- und Ausbesserungsarbeiten in den Werks- und Zechensiedlungen, Gestaltung der Arbeitsbedingungen und betriebsinterne Gratifikationssysteme (Gewinnbeteiligung, Weihnachtsgeld, Rentenkassen usw.).

Der Einfluß auf die ökonomischen Entscheidungen des Betriebes, wie die Betriebsräte ihn in der unmittelbaren Nachkriegszeit zumeist besessen hatten, schwand zwar, aber ihr sozialer Einfluß auf die Belegschaften blieb: Durch das Wachstum während der Wiederaufbauperiode und durch ihren Zusammenhang mit den Gewerkschaften trafen sie auf kompromißbereite Unternehmensleitungen und konnten vor allem im Lohnbereich durch übertarifliche Leistungen Verbesserungen vermitteln. Hier könnte – neben der Gemeinsamkeit bei den Kämpfen mit Unternehmern gegen die Demontage unmittelbar nach 1945 – sozialpartnerschaftliches Bewußtsein verstärkt worden sein.

Die Betriebsräte wurden nach dem Betriebsverfassungsgesetz institutionell zwar reduziert, aber doch auch gesichert und als Beschwerdeinstanz ernst genommen. Darüber hinaus übernahmen sie viele sozialbetreuerische Funktionen: „Ich bin hier wie der Pfarrer Sommerauer“, sagt heute ein Betriebsrat. Auch wenn sie zumeist der „Maloche“ entwachsen sind, werden die Betriebsräte persönlich geachtet; sie sind eine soziale Anlaufstelle, die „etwas darstellt“ und etwas bewirken kann. Aus diesem Verständnis heraus spotteten viele aus der jüngeren Generation über die alten Aktivisten, die ihre Entmachtung durch das Betriebsverfassungsgesetz nach einer „heroischen Zeit“ nicht vermeiden konnten:

„Die lebten also noch von 1945, als man hier Schuhe verkauft hat, als man Schokolade verkauft hat, als man hier billige Butter oder was weiß ich angeboten hat. Für meine Begriffe lebten die aus der Illusion noch, das müßte alles so weitergehen, obwohl jetzt echt schon ein Fortschritt da war.“  
Andere trauern der Zeit vor dem Betriebsverfassungsgesetz, das positiv oder negativ als Einschnitt empfunden wird, nach: „Da hat echt der gewerkschaftliche Raum versagt.“ „Wie ist die Zeit über uns weggerollt!“<sup>14</sup>

Trotz widersprüchlicher Tendenzen scheinen es vor allem die Jüngeren gewesen zu sein, die die Verrechtlichung der Stellung des Betriebsrats durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 begrüßten; für sie wurde der Betriebs-

<sup>14</sup> Interviews Hans Geder bzw. Emil Oppeln und Helmut Krämer.

rat nicht selten zur ersten Sprosse auf einer Leiter, die sie in hohe Positionen in Staat und Wirtschaft führte. Hier scheinen die Wurzeln ihres „Stellvertreterbewußtseins“ zu liegen. Auch bei den „Alten“ gibt es diese Tendenz, es überwiegt aber die Ablehnung des Gesetzes – vielleicht wegen positiver Erfahrung der Jahre zuvor oder wegen noch früherer grundsätzlicher Ablehnung staatlicher Institutionen.

Privat ging es auch den Betriebsräten bei aller Kritik am „Adenauer-Staat“ besser, so daß sich ihre politischen Zielsetzungen und Kritik in den fünfziger Jahren stärker als je zuvor von der privaten Wohlstands- und Aufstiegserfahrung abspaltete. Die eigene Entwicklung von 1945 bis heute faßt ein Betriebsrat selbstironisch zusammen: „Erst waren wir der Kartoffelbetriebsrat, dann der Lohnbetriebsrat und jetzt sind wir Sozialplanbetriebsräte.“

Das ist das Stichwort für die Kehrseite: Jetzt, da die alte Generation mit ihren Vorstellungen von einer ganz anderen Gesellschaft längst abgetreten ist, da die jüngere Generation zunehmend weniger Wachstum und sozialstaatliche Fortschritte im und für den Betrieb repräsentieren kann, fühlen sich viele als Krisendämpfer mißbraucht und ohne wirksamen Einfluß, die Ursachen der Krise zu bekämpfen. (So werden sie auch von ihren Nachfolgern überwiegend kritisiert.) Ihre organisatorische Aktivität hat sie zwar als Vertreter der Belegschaften in zahlreiche höhere Funktionen in den Betrieben, den Parlamenten und sozialen Organisationen geführt und zu einer der wichtigsten Basiseliten gemacht, aber sie scheinen den Mangel eines Hintergrunds zu spüren, von dem aus sie neue Alternativen entwickeln könnten. Sie sehnen sich jetzt – in Zeiten verschärfter Klassenwidersprüche – zurück nach den goldenen Zeiten des Wachstums und eines funktionierenden Sozialstaats. Oder in der prägnanten Zusammenfassung eines Betriebsrats: „Wir kämpfen mit den Mitteln des Klassenkampfes um den Sozialstaat.“

Obwohl inzwischen eine Reihe von Arbeiten über Betriebsräte in der Nachkriegszeit erschienen sind,<sup>15</sup> verspüren viele Betriebsräte zu geringe Anerkennung für ihre Aufbauleistungen in der Nachkriegszeit und besonders für ihre Rolle als „Wächter der Demokratie“:

„Wir haben die Bundesrepublik, wie sie heute ist, mit aufgebaut. Aber davon steht hier in den Büchern nichts, aber auch nicht eine Zeile drin, von dem, was der Betriebsrat geleistet hat für die Firma und die Stadt.“<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Vgl. vor allem Kleßmanns Arbeiten (Fußnote 13).

<sup>16</sup> Interview Alexander Stoppok.

---

## Anfang vor dem Ende: Die Neugründung von Gewerkschaften und das Wiederentstehen von Betriebsräten im März / April 1945

---

### Zwei Beispiele

---

Die Betriebsräte und Gewerkschafter der ersten Stunde hätten die Diskussion vierzig Jahre danach darüber, ob das Frühjahr 1945 die Befreiung gebracht habe, wohl kaum verstanden. Zwölf Jahre hatten sie darauf warten müssen, wieder Gewerkschafts- und Betriebsrätearbeit leisten zu können. Oft noch vor der Besetzung durch alliierte Truppen und der Errichtung lokaler Militärregierungen ergriffen viele wie selbstverständlich die Initiative, die Arbeiterbewegungen in Deutschland wieder erstehen zu lassen. Dies geschah in vielfältigen Variationen, die jedoch wesentliche Elemente gemeinsam hatten: Sie wollten eine einheitliche Gewerkschaft, viele eine einheitliche Arbeiterpartei, alle die Entnazifizierung von Verwaltungen und Unternehmen.

„Antifaschistische Ausschüsse“, in denen vor allem Vertreter der Arbeiterpartei, aber auch Bürgerliche mitarbeiteten, Betriebsausschüsse, die von früheren Betriebsräten spontan gebildet wurden, örtliche Gewerkschaften, um deren Wiedergründung sich die früheren Funktionäre bemühten – alle erstrebten sie den Aufbau von Demokratie in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Die Reaktionen aller Besatzungsmächte auf viele dieser Bestrebungen waren von skeptischer Zurückhaltung bis hin zum offenen Verbot geprägt. Sie hatten je eigene Vorstellungen, mehr oder minder genaue Pläne, oft sogar spezielle Interessen, was die künftige Struktur von Parteien und Gewerkschaften anging. So mußten die Frauen und Männer der ersten Stunde bald erfahren, daß die nicht von ihnen erkämpfte Befreiung und die Besetzung Seiten ein und derselben Medaille waren, daß auch sie aus der Verantwortlichkeit des deutschen Volkes nicht entlassen worden waren.

An den Beispielen aus Aachen und Bochum soll im folgenden gezeigt werden, wie dies unter kaum vorstellbar schwierigen Bedingungen konkret aussah.

## Ulrich Borsdorf: „Ein großer Tag für die deutschen Arbeiter“. Die Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Aachen“ am 18. März 1945.<sup>1</sup>

### Verzögerter Aufbruch

Oft noch vor dem Einmarsch der alliierten Truppen, meist aber sofort danach, gingen ehemals aktive Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertreter der früheren Arbeiterparteien daran, sich zu organisieren und Maßnahmen für Wiederbelebung demokratischer politischer Strukturen überhaupt zu treffen. „Antifaschistische Ausschüsse“, Betriebsvertretungen und Gewerkschaften betrieblichen oder lokalen Zuschnitts waren die organisatorischen Formen, in denen sich der Wille und der Elan der Arbeiterbewegung zur Beseitigung des Schutts manifestierte, die der Nationalsozialismus im wörtlichen und im übertragenen Sinne hinterlassen hatte.<sup>2</sup> Doch die Grenzen der Befreiung waren enger gezogen, als es der erste Überschwang hatte wahrhaben wollen: Die Besatzungstruppen und ihre bald auf allen Ebenen formierten Militärregierungen trauten diesen Arbeiterinitiativen nicht recht; auch sie wurden im Zuge der anfänglich restriktiven Praxis der Militärregierungen in die Gesamthaftung der Deutschen eingeschlossen.

Die westlichen Alliierten hatten schon im Frühjahr 1944 begonnen, Richtlinien für den Fall zu erarbeiten, daß es während der Besetzung auf deutscher Seite zu Reorganisationsversuchen von ehemaligen Gewerkschaften kam. Im September 1944 hieß es dann in einer einstweiligen Order des Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF, Alliiertes Oberkommando): „Die Bildung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung und anderer freiheitlicher wirtschaftlicher Zusammenschlüsse“ solle gestattet werden, wenn sie nicht „von NS- oder anderen politischen Gruppen gesteuert würden“.<sup>3</sup> Die Betonung der Absicht, nur „nicht-politische“, auf die wirtschaftliche Interessenvertretung beschränkte Gewerkschaften zulassen zu wollen, war hier überdeutlich. Im selben Zeitraum, in dem die US-Truppen Aachen befreiten und

besetzten (21. 10. 1944) wurde diese erste Direktive für das Verhalten der künftigen Militärregierungen einer Revision unterzogen. Jetzt lautete die Weisung an die Kommandeure: „Sie werden den Arbeitern erlauben, Organisationen zum Zweck der Kollektivverhandlungen und der gegenseitigen sozialen und wirtschaftlichen Hilfeleistung aufzubauen, sie werden aber solche Organisationen daran hindern, in kaschierter Form zur Aufrechterhaltung der Ideologie und des Einflusses der Nazis beizutragen. Sie werden jedoch alle sinnvollen Maßnahmen ergreifen, um alle Streiks oder Arbeitsniederlegungen zu verhindern, die die Besatzungstruppen oder die Durchführung der Aufgaben ihrer Militärregierung gefährden könnten.“<sup>4</sup>

Damit war für die Offiziere der Rahmen auf der einen Seite weiter gefaßt, als jetzt nur noch die Nazis als mögliche Gefahrenquellen politischen Einfluß auf die Gewerkschaften genannt und ausgeschlossen wurden, auf der anderen Seite sollte es den Organisationen nicht gestattet sein, für ihre Ziele Arbeitskämpfe zu führen.

Die ersten, die erlebten, wie eng die Spielräume zwischen Befreiung und Besetzung gefaßt wurden, waren Aachener Gewerkschafter, die kurze Zeit nach der Befreiung der Stadt durch amerikanische Truppen bei der provisorischen Militärverwaltung mit der Bitte vorstellig wurden, die Aachener Gewerkschaften wieder gründen zu dürfen. Die Wortführer waren die Sozialdemokraten und Gewerkschafter Matthias Wilms, Heinrich Hollands und Jean van Wersch. Von Hollands ist bekannt, daß er offenbar schon während der Ardennen-Offensive Kontakte zu Gewerkschaftsfragen aufgeschlossenen amerikanischen Offizieren wie Saul K. Padover und Cedric Belfrage hatte.<sup>5</sup> Nun traten die drei Deutschen den Amerikanern als Delegierte einer Gruppe von ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der freien Gewerkschaften entgegen, die sich darauf berufen konnten, in der Zeit des Nationalsozialismus illegal gearbeitet zu haben und verfolgt worden zu sein. Der zuständige US-Offizier versagte ihnen jedoch die Genehmigung, eine Gewerkschaft zu gründen, mit dem Argument, es sei dafür noch zu früh. Er schlug aber vor, sie sollten wiederkommen, wenn die amerikanischen Truppen am Rhein stünden.

Die neue Phase der Illegalität, die diese unerwartete Abfuhr für die Aachener Gewerkschaften nun bedeutete, war anderer Natur als die vorausgegangene. Sie trafen sich von nun an weiter regelmäßig, aber immer noch geheim, und nutzten die Zeit, sich auf den Tag der Wiederzulassung der Gewerkschaften vorzubereiten. Wäre es nach dem Wortlaut der Bestimmungen gegangen,

<sup>1</sup> Das Titelzitat ist die Schlagzeile eines entsprechenden Artikels in den „Aachener Nachrichten“, einer mit Genehmigung der Alliierten Militärbehörde herausgegebenen Wochenzeitung, 1. Jg., Nr. 9, 21. 3. 1945, S. 2. Eine andere Fassung dieses Aufsatzes erscheint in: Ilse Bruns (Hg.): Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Köln 1985. Vgl. auch zu Aachen: Klaus Brülls, Winfried Casteel: Schafft die Einheit! Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, Aachen 1985, von der diese Darstellung im einzelnen abweicht, den Verfassern sei aber für Hinweise gedankt.

<sup>2</sup> Zu dieser Phase der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung immer noch: Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt (Hg.): Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

<sup>3</sup> Zitiert nach: Michael Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982, S. 72.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>5</sup> Arbeiterinitiative, S. 192.

die im Dezember 1944 im „Handbook for Military Government in Germany“ niedergelegt worden waren – es beruhte zum Beispiel auch auf der Zuarbeit sozialistischer deutscher Emigranten<sup>6</sup> –, dann hätte die US-Militärregierung Aachens die Gewerkschaftsgründung durchaus schon zur Jahreswende 1944/45 zulassen können. Denn in diesem Handbuch hieß es: „Die Arbeiter werden das Recht zur Bildung demokratischer Gewerkschaften und anderer Formen freier wirtschaftlicher Zusammenschlüsse erhalten. Angesichts der langen Jahre nazistischer Indoktrinierung der Arbeiter und der Unterdrückung der Freiheit im Handeln und Denken wird es notwendig sein, die Entwicklung der Gewerkschaften und der Kollektivverhandlungen genau zu überwachen, um sicherzustellen, daß sie nicht als Instrumente zur Wahl von NS-Funktionären zu Gewerkschaftsvertretern und zur Fortführung von NS-Organisationen unter anderem Namen mißbraucht werden.“<sup>7</sup>

Der Leumund derjenigen Aachener Gewerkschafter, die um die Gründung nachgesucht hatten, war über jeden Zweifel in der befürchteten Hinsicht erhaben. Und außerdem war die US-Militärregierung nicht allgemein so penibel. Daß sie in Aachen zu diesem Zeitpunkt noch keine Gewerkschaften wollten, hatte wohl andere Gründe, die sich aus der politischen Situation Aachens jener Zeit eher erklären lassen als aus den entsprechenden Richtlinien der US-Militärregierung.

Als die Amerikaner Ende Oktober die von nur noch 3500 Menschen bewohnte, fast vollständig zerstörte Kaiserstadt genommen hatten, waren sie bald daran gegangen, einen zur Leitung der städtischen Verwaltung fähigen Fachmann zu finden. Das war in mehrfacher Hinsicht schwer, denn die höheren Beamten hatten die Stadt größtenteils während der Evakuierung durch die NSDAP Anfang September 1944 verlassen; die Dagebliebenen kamen kaum in Frage, weil unter ihnen die meisten Nazis vermutet werden konnten. Außerdem mußte jeder Deutsche, der sich auf eine solche „Kollaboration“ mit den Amerikanern einließ, die Rache der Nationalsozialisten für diesen „Verrat“ fürchten. Auf ihrer Suche nach einem für das Amt des Oberbürgermeisters geeigneten Kandidaten stießen die Amerikaner auf den Bischof von Aachen, van der Velden, der ihnen den Namen eines solchen Mannes nannte: Franz Oppenhoff.

Am 31. 10. 1944 wurde der 42jährige Oppenhoff in Anwesenheit hoher US-Militärs als Oberbürgermeister Aachens vereidigt. Oppenhoff, ein Jurist, hatte die katholische Kirche im Bistum Aachen in ihren Auseinandersetzungen mit

dem NS-Regime unerschrocken unterstützt, bis der Reichsjustizminister im Jahre 1943 Oppenhoffs Anwaltspraxis schloß. Oppenhoff arbeitete fortan unter der dauernden Drohung, einberufen zu werden, als kaufmännischer Direktor eines „kriegswichtigen Unternehmens“ (Anton Veltrup & Co).<sup>8</sup> In einem Interview, das Saul K. Padover – im Zivilberuf Geschichtspräsident – mit Oppenhoff in dieser Zeit führte, offenbarte Oppenhoff dem amerikanischen Offizier der „Psychological Warfare Division“ (PWD, Abteilung für Psychologische Kriegsführung) ein Verständnis von Demokratie, das jenen sehr befremdete. In der Erinnerung Padovers sagte Oppenhoff: „Ich kann nur hoffen und beten, daß die Amerikaner nicht die Dummheiten begehen werden, in Deutschland politische Parteien zuzulassen. Gott stehe uns bei, wenn politische Parteien wieder zugelassen werden. [. . .]. Mir schwebt ein Wirtschaftssystem von Kleinbetrieben vor, das paternalistisch aufgebaut ist. Jeder Arbeitgeber muß sich für seine Arbeiter so verantwortlich fühlen, als seien sie Mitglieder seiner Familie. Bauen wir ein solches System auf, dann brauchen wir keine Unruhen, Abstimmungen oder Wahlen. Dies ist mein Bild einer Demokratie, einer wirklichen Demokratie.“<sup>9</sup>

Diese rückwärtsgewandte, christlich-konservative Idyllisierung einer Gesellschaft auf der Basis von Handwerksbetrieben war nichts Außergewöhnliches. Auch in Kreisen des bürgerlichen Widerstandes finden sich vergleichbare Vorstellungen, und der künftige Verzicht auf Parteien schien auch Vertretern der Arbeiterbewegung damals durchaus denkbar. In Oppenhoffs Welt- und Gesellschaftsbild paßten Gewerkschaften nicht hinein. Padover notierte Oppenhoffs Meinungen zu den Gewerkschaften folgendermaßen: „Die Militärregierung bringt drei Vorteile mit sich. Erstens werden die Amerikaner die Deutschen kennenlernen. Zweitens wird eine Militärregierung alle Redner, Politiker und Agitatoren ausschließen. Drittens können wir unsere Wirtschaft ohne die Einmischung von politischen Parteien und Gewerkschaften in aller Ruhe wieder aufbauen.“ Und Oppenhoff riet dem US-Offizier: „Keinesfalls dürft ihr Amerikaner Aufrufe an die deutschen Arbeiter richten. Ihr dürft ihnen nichts versprechen.“<sup>10</sup>

Es war nur konsequent, wenn Oppenhoff sich bei der Militärregierung für die Wiedergründung der Handwerkskammer einsetzte. Seinem diesbezüglichen Antrag kam die Militärregierung bald nach: Am 1. Februar 1945 wurde in Aachen die Handwerkskammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft neuge-

<sup>8</sup> Vgl. Wolfgang Trees, Charles Whiting: Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff, Aachen 1982, S. 81 ff., S. 69 ff.

<sup>9</sup> Zitiert nach Trees/Whiting: Unternehmen Karneval, S. 95.

<sup>10</sup> Zitiert nach ebenda, S. 154 f.

<sup>6</sup> Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 62 ff.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 75.

gründet.<sup>11</sup> Den Gewerkschaften wurde es nun gestattet, sich am 8. Februar zum erstenmal legal und offiziell zu treffen. Inzwischen hatte sich der Kreis der Aachener Gewerkschaftsgründer auch politisch erweitert, denn zu einer Kommission, die bei dieser Gelegenheit gewählt wurde, gehörte nun außer den drei Pionieren vom Oktober 1944 auch eine Kommunistin, Anna Braun-Sittarz, die vor 1933 Betriebsrätin der Tuchfabrik Delius in Aachen gewesen war.<sup>12</sup> Einen Monat später, die US-Truppen hatten am 7. März 1945 bei Remagen den Rhein überschritten, sprachen die Aachener Gewerkschaften bei der Militärregierung wieder vor. Major Bradford schien nun von dem Vorhaben, in Aachen eine Einheitsgewerkschaft zu gründen, „sichtlich begeistert“<sup>13</sup> und forderte die Gewerkschafter auf, ein Programm einzureichen. Dies geschah zwei Tage später, offenbar war es längst fertiggestellt. Und wiederum zwei Tage darauf, am 14. März, wurde den Gewerkschaftern eröffnet, sie dürften am Sonntag, dem 18. März, ihre Gründungsversammlung abhalten.

Warum es nun, nach der langen Verzögerung, auf einmal so schnell gehen sollte und konnte, war ein wenig merkwürdig. Die Erklärung könnte darin liegen, daß die Amerikaner mit ihrem Vorgehen in Aachen heftige internationale Kritik geerntet hatten, sich bei ihrer Zusammenarbeit mit Deutschen und deutschen Behörden fast ausschließlich auf christlich-konservative Kräfte zu stützen und in der Verwaltung aus Gründen der „Effizienz“ Nationalsozialisten weiterzubeschäftigen. Diese Kritik wurde Anfang Februar sogar Gegenstand eines besorgten Schreibens, das der außenpolitische Berater des amerikanischen Oberkommandierenden, Robert Murphy, an das State Department schickte.<sup>14</sup> Denn auch Teile des amerikanischen Militärs waren mit diesem Aachener Kurs unzufrieden, nicht zuletzt weil er die Armee parteipolitisch zu spalten drohte. So ist es gut möglich, daß dieser Umstand der politischen Geneigtheit der Aachener Militärregierung zugrundelag, nun doch die Gewerkschaftsgründung zuzulassen.

Eilends ließen die Aachener Gewerkschafter Handzettel drucken, auf denen zu lesen stand:

<sup>11</sup> Detlef Perner: Die „Reorganisation“ der Handwerkskammern in der britischen Besatzungszone nach 1945, in: Dietmar Petzina, Walter Buchner (Hg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949, Düsseldorf 1984, S. 255-275, S. 259 f.

<sup>12</sup> Information von Peter Spiegelmacher, Aachen, der einige wesentliche Fakten aus jener Zeit als Mitbegründer in einem Papier festgehalten hat, das er dem Verf. dankenswerterweise überließ: „Betrifft: Gewerkschaftsgründung 1945 in Aachen“, Ms., 3 S. Anna Braun-Sittarz starb wenige Wochen nach der Gewerkschaftsgründung an den Folgen eines Autounfalls; ihr Nachfolger wurde Jean Allelein, ebenfalls KPD-Mitglied und ehemaliger Betriebsrat.

<sup>13</sup> DGB-Archiv, Ordner „Aachen 1945-1949“, 10-jähriger Gründungstag der ersten Gewerkschaften in Aachen, Ms., 2 S. Eine erste, noch unvollkommene Schilderung der Aachener Gründung findet sich bei Jürgen Klein: Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland, Hamburg 1972, S. 165 ff.

<sup>14</sup> Arbeiterinitiative 1945, S. 116 f.

Werter Kollege!

Aachen, den 16. März 1945.

Zu der am Sonntag, dem 18. März 1945, vormittags 10 Uhr, im Gebäude der Handwerkskammer, Couvenstraße stattfindenden

### Versammlung

werden Sie dringend eingeladen.

### Tagesordnung:

Wiedereröffnung der Gewerkschaften unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“.

Im Auftrage:  
Matthias Wilms.

### Die Gründung

Die Formulierung der „Tages-Ordnung“ zeigt, wie sehr sich die Aachener Gewerkschafter auf ihre Organisationen in der Weimarer Republik („Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“) bezogen, wie sehr sie ihr Vorgehen als Wiederanfang („Wiedereröffnung“), weniger als einen völligen Neuanfang begriffen. Am 18. März 1945 versammelten sich 83 – meist ältere – Aachener Gewerkschafter, die meisten von ihnen ehemalige, ehren- und hauptamtliche Funktionäre, um die erste Einheitsgewerkschaft auf deutschem Boden zu gründen. Die Militärregierung war mit drei Offizieren vertreten, und auch die deutschen Behörden hatten Vertreter entsandt; der Oberbürgermeister, der Polizeidirektor und der Präsident der Handwerkskammer wohnten dem schlichten, aber feierlichen Akt bei. Oppenhoff, der sicher dem gesamten Vorgang mit einiger Skepsis gegenüberstand, gab in seinen Begrüßungsworten immerhin der Hoffnung Ausdruck, „die Stadt, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften“ werde „aus Aachen das machen, was es früher war“.<sup>15</sup>

Das zu erleben, war Oppenhoff nicht mehr beschieden. Als er der Wiedergründung der Aachener Gewerkschaften beiwohnte, waren die Feme-Mörder der nationalsozialistischen „Werwolf“-Organisation schon unterwegs, um ihn, der dies stets befürchtet hatte, als „Verräter“ zu liquidieren. Am 25. März wurde er hinter seinem Haus von einem Mördertrupp erschossen, den SS und Gestapo mit Fallschirmen in das besetzte Gebiet geschleust hatten.<sup>16</sup>

Als Ältester eröffnete Heinrich Hollands an jenem 18. März 1945 die Gründungsversammlung der Aachener Gewerkschaften. Er sagte, sichtlich gerührt,

<sup>15</sup> Aachener Nachrichten, 21.3. 1945.

<sup>16</sup> Trees/Whiting: Unternehmen Karneval, bes. S. 211 ff.

„daß dieser Tag der glücklichste seines Lebens“ sei, weil er das Wiedererstehen der freien Gewerkschaften in Deutschland erleben dürfe und schloß mit den Worten: „Aus der Asche, die aus den letzten zwölf Jahren verblieben ist, soll die neue Gewerkschaft neu erstehen. Wir wollen nie mehr den Weg beschreiten, der die Arbeiterschaft auseinanderreißt.“<sup>17</sup>

Als nächster ergriff der Einberufer, Matthias Wilms, das Wort. Wilms, von Beruf Weber, war vor 1933 Funktionär der sozialdemokratischen Textilarbeiter-Gewerkschaft gewesen, hatte nach 1933 eineinhalb Jahre im Gefängnis verbracht und eine dauernde Gestapo-Überwachung über sich ergehen lassen müssen. Er sagte: „Es ist ein langer, schwerer Weg gewesen, den wir hinter uns haben, und viele Gewerkschafter sind nicht mehr unter uns . . . Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Nicht das, was wir 1933 verlassen haben, wollen wir wiederschaffen. Etwas Neues muß an diese Stelle treten. Die schaffenden Menschen aller früheren Gewerkschaftsrichtungen haben eingesehen, daß nur (ein) einheitlich fest zusammengeschmiedeter Block aller Schaffenden zu dem Ziel führt, das wir erreichen wollen. Deshalb soll die kommende Gewerkschaftsbewegung eine Einheitsgewerkschaft sein, nicht abhängig von politischen Parteien, sondern parteipolitisch und religiös neutral“. Was unter dieser Einheitsgewerkschaft zu verstehen sei, deutete Wilms auch an: „Wenn wir auch zur Zeit nur eine Lokalorganisation darstellen, so müssen wir doch den Weg zur Zentralorganisation beschreiten. Es hat sich erwiesen, daß Berufsgruppen und Lokalgewerkschaften nicht richtig waren, deshalb müssen wir die Zentral-Organisation anstreben. . . . Parteipolitische Tendenzen sind grundsätzlich aus der Gewerkschaft auszuschalten. Die Gewerkschaft soll eine Wirtschaftsorganisation sein.“<sup>18</sup>

Die an Wilms' Ausführungen sich anschließende Diskussion ergab keine Unterschiede in der Sache; alle Redner gingen auf die Bedeutung des Ereignisses ein, dem sie beiwohnten. Sie empfanden es als „eine geschichtliche Stunde für die Neue Deutsche Gewerkschaftsbewegung.“<sup>19</sup> Die Versammlung verabschiedete darauf „Richtlinien“, die Matthias Wilms in seinen Ausführungen vorgetragen hatte. Sie lauteten:

1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt.
2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere bei der Jugend, über die Verständigung der Völker untereinander.
3. Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus.
4. Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung.

<sup>17</sup> Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

<sup>18</sup> DGB-Archiv, Ordner „Aachen 1945-1949“ (Vgl. Anm. 13), und Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

<sup>19</sup> DGB-Archiv, Ordner „Aachen 1945-1949“, (Vgl. Anm. 13).

5. Vertretungen der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens.
6. Wiedereinführung des Arbeiterrechts.
7. Regelung der Lohnfragen und der Ferien.
8. Wiedereinführung des Achtstunden-Tages evtl. der Vierzigstunden-Woche.
9. Wiedereinführung des Streikrechts.
10. Unterdrückung der Werkschutzvereine.
11. Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher.
12. 1. Mai gesetzlicher Feiertag.
13. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Mitglieder der NSDAP waren, können Mitglied werden, aber keine Funktion ausüben.“<sup>20</sup>

Gemessen an der von den Amerikanern erhobenen Forderung, die Gewerkschaften sollten lediglich „Wirtschaftsorganisationen“ sein, betonten die ersten vier Punkte eine Rolle der Gewerkschaften, die über eine solche Funktion deutlich hinausging, aber von allen Gewerkschaftern jener Zeit für selbstverständlich erachtet wurde: die „innere Befreiung“ Deutschlands von Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus und seinen Trägern. Damit waren die Aachener Gewerkschafter im Prinzip auf der Linie der Militärregierung, doch wenn Anna Braun-Sittarz sagte: „Alle, die zu feige waren, dem Nazismus zu trotzen, sind schuld am Elend der Unschuldigen. [. . .]. Deshalb müssen wir alle zur Rechenschaft ziehen, die daran schuldig sind. Die Alliierten verlangen von uns, daß wir uns wieder würdig erweisen, in der Welt gleichberechtigt zu stehen. Wir sind bereit, diesen Beweis zu erbringen“<sup>21</sup>, dann schwang darin unüberhörbar der Vorwurf mit, die Besatzungsmacht selbst tue offenbar nicht alles, um die Einlösung dieser „Richtlinie“ zu verwirklichen.

Die Punkte 5 und 6 ließen nicht nur erkennen, wie sehr die Gewerkschafter an die Grundzüge des Arbeitsrechts der ersten deutschen Republik anknüpfen wollten, und wie sehr sie die nationalsozialistische „Ordnung der nationalen Arbeit“ als völlige Entrechtung der Arbeiter auffaßten. Sie forderten im Punkt 5 darüber hinaus ein grundsätzliches Mitbestimmungs-, ein Vertretungsrecht, ein allgemein-politisches Mandat. Ob weiterreichende Forderungen – etwa nach einer Sozialisierung der Betriebe – von den Gewerkschaftern nicht aufgestellt worden waren oder aber nicht die Billigung der Militärregierung nicht gefunden haben, ist nicht bekannt.

Die Punkte 7, 8, 9 und 12, so vermerkte der Artikel in den mit Genehmigung der alliierten Militärbehörde herausgegebenen „Aachener Nachrichten“ vom 21. März 1945, könnten „in ihrem Ziel augenblicklich noch nicht erreicht werden“, doch „auf lange Sicht hin“ sei wohl auch das möglich.<sup>22</sup> Dem standen die Sicherheitsinteressen der Besatzungsmacht entgegen, die nicht bereit war

<sup>20</sup> Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Ebenda.

zu dulden, daß eine Arbeiterschaft, die offenbar bis zum bitteren Ende der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft ohne sichtbare Auflehnung alle Zumutungen hingenommen hatte, nun, da sie befreit war, den Arbeitskampf als verbrieftes Recht für sich beanspruchte.

Während die Forderung nach „Unterdrückung der Werkschutzvereine“ – Punkt 10 – eine deutliche Absage an betriebliche Organisationen im Unternehmerinteresse darstellte, war der Punkt 11 – Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher – weniger selbstverständlich. Was wollte der FDGB Aachen mit den Unterlagen der DAF? Ging es um die Sicherung versorgungsrechtlicher Ansprüche, um die fiktive Fortführung der Gewerkschaftsmitgliedschaft (als die die erzwungene Zugehörigkeit zur DAF gemeinhin berechnet wird)? Oder wollten die Gewerkschafter darin die rüdigigen Schafe unter ihnen leichter auffindig machen können? Das Wahrscheinlichste ist: Sie wollten Belastete ausscheiden, aber ansonsten die Beitragszahlungen nicht unterbrechen lassen, um ihre junge Organisation finanziell überhaupt tragen zu können – das Vermögen, das die DAF den früheren Gewerkschaften weggenommen hatte, sollte ihnen erst viel später wiedergegeben werden.<sup>23</sup>

Das aus heutiger Sicht Interessanteste an der Aachener Gewerkschaftsgründung, die einheitsgewerkschaftliche Struktur, war nicht Bestandteil der „Richtlinien“. Die Vereinigung der früheren Richtungsgewerkschaften, der Zusammenschluß von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Unabhängigkeit von Parteien, Staat und Unternehmern – war all dies so selbstverständlich, daß es, statt Teil der dreizehn Punkte zu sein, nur in der Rede von Wilms angedeutet wurde? Oder gab es noch Unschlüssigkeiten, Meinungsunterschiede?

Die 13 Punkte jedenfalls erhielten die einmütige Zustimmung der Versammlung, so daß Matthias Wilms schließlich feierlich verkünden konnte: „Hiermit ist heute, am 18. März 1945, im Sitzungssaal der Handwerkskammer die neue Deutsche Einheitsgewerkschaft gegründet.“<sup>24</sup>

#### Die politischen Strukturen der Einheit

Offenbar war der Name, den die neue Organisation tragen sollte, nicht ganz umstritten. Wilms hatte von der „Deutschen Einheitsgewerkschaft“ gesprochen, auf der Einladung hatte es noch „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ geheißen, so wie der Dachverband der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Es scheint, daß die Wiederverwendung dieser Bezeichnung sowohl bei den christlichen wie auch bei

den kommunistischen Mitgründern der Aachener Gewerkschaft auf Ablehnung stieß. Und so einigte man sich auf den Namen „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FGDB) Aachen.“ Sehr viele, nach dem Aachener Beispiel in den befreiten Gebieten neu gegründete Gewerkschaften nannten sich so; sie war neben Spielarten wie „Allgemeiner Gewerkschaftsbund“ in anderen Teilen Deutschlands die am weitesten verbreitete Bezeichnung.

Die Aachener wählten sich in geheimer Abstimmung einen 5köpfigen Vorstand, dem 3 Sozialdemokraten, eine Kommunistin (Anna Braun-Sittarz) und ein Gewerkschafter angehörten, der vor 1933 zwar bei den freien Gewerkschaften und im Reichsbanner gearbeitet hatte, aber nicht Parteimitglied geworden war (Peter Spiegelmacher). Warum kein der ehemaligen Zentrums- partei oder den christlichen Gewerkschaften zuzurechnender Gewerkschafter in den Vorstand kam (oder gehen wollte), ist nicht festzustellen. Es steht aber fest, daß ehemals christliche und auch Hirsch-Dunckersche Gewerkschafter bei der Gründung anwesend waren.<sup>25</sup> Das Aachener Gründungskonzept sah ihre Beteiligung ja auch explizit vor, wenn die neue Gewerkschaft, wie Wilms es formulierte, „parteilosophisch und religiös neutral“<sup>26</sup> sein sollte. Der führende Kopf der ehemaligen christlichen Gewerkschaften in Aachen, Graf, der der Gründungsversammlung beiwohnte, hatte offenbar angesichts der politischen Konstellation einige Vorbehalte. Er wechselte später zu den vom DGB sich wieder abspaltenden christlichen Gewerkschaften über.

Bei der Wahl des „Geschäftsführers“ war die Einheitlichkeit der Versammlung nicht so groß, wie die vorangegangenen Reden es hätten erwarten lassen. Offenbar wählten die Kommunisten nicht auch den Sozialdemokraten, sondern stellten mit Anna Braun-Sittarz eine eigene Kandidatin auf, die 12 Stimmen erhielt. Matthias Wilms wurde mit 69 Stimmen in dieses Amt gewählt. Daraus kann man die Vermutung ableiten, die christlichen Gewerkschafter hätten sich den Sozialdemokraten näher gefühlt als die Kommunisten, denn die christlichen Gewerkschafter hatten offenbar für den Sozialdemokraten Wilms gestimmt.

Auf eine ähnliche Konstellation – die relative Nähe sozialdemokratischer und christlicher Gewerkschafter bei gleichzeitiger relativer Distanz zu den Kommunisten – deuten auch die von Hans Böckler formulierten „Erläuterungen zur Absicht der Wiedererrichtung einer Gewerkschaft“, in denen er subtil formuliert: „Fast allenthalben haben . . . ehemals in den freien oder christlichen Verbänden miteinander, und zusammen, mit kommunistisch orientierten

<sup>23</sup> Die Rückgabe begann 1947/48.

<sup>24</sup> Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

<sup>25</sup> Information Peter Spiegelmacher, vgl. Anm. 12.

<sup>26</sup> Übersetzung aus der amerikanischen Armeezzeitung „Yank“, in: Ordner „Aachen 1945-1949“.

Kollegen, Fühlung genommen.“<sup>27</sup> Oft waren es aber – wie in Aachen – die Sozialdemokraten und Kommunisten, die zuerst zueinander fanden, um dann die christlichen Gewerkschafter dazuzubitten – die Gewerkschaftsgründung in Gelsenkirchen-Buer ist dafür ein gutes Beispiel.<sup>28</sup> Die politischen Kräfteverhältnisse in den als Einheitsgewerkschaften auf lokaler Ebene wieder entstehenden Organisationen waren ganz unterschiedlich, sie hingen von vielen Faktoren ab. Je nachdem, wer überhaupt noch physisch anwesend war und zuerst die Initiative ergriff, je nachdem, welche politische Tradition in der jeweiligen Region am stärksten gewesen war, ergaben sich die verschiedensten Konstellationen. In dem festen Glauben, es sei die organisatorische Zersplittertheit der deutschen Gewerkschaften gewesen, die 1933 Ursache der Niederlage gewesen sei, breitete sich meist ein geradezu euphorischer Einheitswille aus. Das heißt aber nicht, die Neugründer seien sich der politischen Unterschiede zwischen ihnen nicht bewußt gewesen. Es ging bald auch darum, welche politische Richtung den größten Einfluß haben würde. Langfristig gesehen war das Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den christlichen Gewerkschaften am dauerhaftesten. Die Kommunisten konnten, so z. B. im Industrieverband Bergbau, starke Anfangserfolge erzielen, die sie aber nicht zuletzt wegen ihrer überzogenen Politik im beginnenden Kalten Krieg bald wieder einbüßten.<sup>29</sup>

Die Binnenstruktur der Aachener Gewerkschaft hatte Wilms in seinem Referat nicht ausführlich behandelt, aber alles, z. B. der vom ihm verwandte Begriff der „Zentral-Organisation“, deutete darauf hin, daß auch ihm eine zentralistische Einheitsgewerkschaft vorschwebte, in der es für die Industrien, Gewerbe und Berufe keine selbständigen Organisationen mehr geben sollte, sondern lediglich Abteilungen einer großen Zentrale – das war im übrigen auch das Böckler-Konzept – und sicher die am weitesten verbreitete Variante der Vorstellungen deutscher Gewerkschafter über die künftige Struktur ihrer Organisation. Aber auch in Aachen könnte dieses zentralistische Konzept nicht unumstritten gewesen sein – ganz unabhängig davon, daß weder die Amerikaner noch die Briten dafür irgendwelche Sympathien aufbrachten.

Karl Moessinger nämlich, der ehemalige Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Aachen, hatte ein Papier erarbeitet („Arbeit und Organisation einer örtlichen Verwaltungsstelle der Einheitsgewerkschaft“)<sup>30</sup>,

<sup>27</sup> Abgedruckt in: Ulrich Borsdorf, Hans Otto Hemmer, Martin Martiny (Hg.): *Grundlagen der Einheitsgewerkschaft*, Köln 1977, S. 270-273.

<sup>28</sup> Hartmut Pietsch: *Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945 und 1948*, Duisburg 1978, S. 83 ff.

<sup>29</sup> Vgl. dazu: Ulrich Borsdorf: *Speck statt Sozialisierung?* in: derselbe und Hans Mommsen (Hg.): *Glückauf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland*, Köln 1979, S. 345-366. Vgl. auch: Christoph Kleßmann, Peter Friedemann: *Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948*, Frankfurt, New York 1977, Berlin 1971 und öfter.

<sup>30</sup> Dieses Dokument in: DGB-Archiv, Material Hans Gottfurcht, Dokumente und Unterlagen Herbst 1944-1945, I.

in dem er zwar ganz vordergründig – bürokratisch die Arbeitsteilung in einer gewerkschaftlichen Verwaltungsstelle abschilderte, dabei aber von einer „Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage von Industrieverbänden“ ausging. Dies entsprach recht genau dem Plan, den die „Deutsche Sprachgruppe in der CGT“, eine Vereinigung deutscher sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter in Frankreich entwickelt und in der von ihr ab Ende 1944 herausgegebenen Organ „Die Einheitsgewerkschaft“ abgedruckt hatte.<sup>31</sup>

Karl Moessinger selbst war bei der Gründung in Aachen nicht anwesend, er arbeitete noch illegal für die SPD an der Saar, aber seine beiden Söhne gehörten zu den 83 Mitgründern.<sup>32</sup> Moessinger war einer der führenden Sozialdemokraten im 1943 gegründeten „Comité Allemagne Libre Pour l'Ouest“ (CALPO), dessen Vorsitzender Otto Niebergall (KPD) war. CALPO war die westliche Entsprechung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD), einer Organisation, die auf der Volksfrontlinie der KPD operierte. Auch Vertreter bürgerlicher Parteien und (kriegsgefangene) deutsche Offiziere arbeiteten im Komitee der CALPO mit. Über die Rolle der KPD schrieb Niebergall in einem Rückblick: „Wir Kommunisten bildeten in diesem Gremium die Minderheit. Doch weil wir ein klares, für alle annehmbares Programm besaßen und auf das richtige Ziel, auf die Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte zur Schaffung eines demokratischen Deutschlands, hinsteuerten, hielten wir die Führung des Komitees fest in der Hand.“<sup>33</sup> Dies war wohl auch der Grund dafür, daß Ende 1944 einige der Sozialdemokraten, nicht zuletzt auf Drängen der Londoner SPD-Exilführung, das CALPO wieder verließen. Die meisten aber, so auch Moessinger, blieben dabei, offenbar, weil sie darin die einzige greifbare politische Chance des Einflusses auf die Entwicklung in Deutschland sahen.

Auch die US-Armee versuchte, sich die Verbindungen und Kenntnisse der CALPO nutzbar zu machen, was aber am Widerwillen der CALPO-Führung scheiterte, wenn man den Erinnerungen Niebergalls an diesem Punkt Glauben schenken darf, denn immerhin waren die Amerikaner damals noch personae gratae in der großen Anti-Hitler-Koalition. Es ist nicht ganz genau zu sagen, ob und wenn ja, welchen Einfluß CALPO auf die Aachener Gewerkschaftsgründung gehabt hat. Auffällig ist jedoch, wie sehr sich Kommunisten in ganz anderen Teilen Deutschlands auf das Beispiel Aachen beriefen, wenn es um die Neugründung von Gewerkschaften ging – so zum Beispiel in Leipzig.<sup>34</sup>

<sup>31</sup> Abgedruckt in: *Grundlagen der Einheitsgewerkschaft*, S. 261 ff.

<sup>32</sup> Information Peter Spiegelmacher (Anm. 12).

<sup>33</sup> *Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten*. Zusammengestellt und bearbeitet von Dora Schaul. Berlin (Ost) und Frankfurt am Main 1973, S. 55. Vgl. auch den entsprechenden Abschnitt von Lutz Niethammer in: *Arbeiterinitiative 1945*, S. 179 ff.

<sup>34</sup> *Arbeiterinitiative 1945*, S. 219-251 (verfaßt von Horst Schmollinger), S. 247.

Eine andere Exilorganisation, die versuchte, Einfluß auf die gewerkschaftliche Entwicklung in Deutschland zu nehmen, war die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, die Hans Gottfurcht leitete. In ihr arbeiteten Sozialisten, Sozialdemokraten und, ab 1942, auch Kommunisten mit.<sup>35</sup> Gottfurcht kooperierte mit dem amerikanischen Nachrichtendienst Office of Strategic Services (OSS), der Erkenntnisse über das Funktionieren der deutschen Gesellschaft vor und nach 1945 sammelte.<sup>36</sup> Besonders war das OSS daran interessiert zu erfahren, welche Individuen und Personengruppen es in Deutschland noch gab, mit denen eine Wiedererrichtung der Demokratie möglich war. Um sich darüber orientieren zu können, wie sich die deutsche Arbeiterbewegung beim Zusammenbruch verhielt, schleuste das OSS Gewerkschaftsemigranten zum Teil noch vor den amerikanischen Truppen ein, meist aber mit ihnen. Zu solchen Männern gehörte zum Beispiel Ludwig Rosenberg oder auch Werner Hansen, der Böckler in Köln wiederentdeckte.<sup>37</sup> In Aachen allerdings scheint die Londoner Gruppe nicht rechtzeitig gewesen zu sein. Von einigen Beispielen, wie Josef Kappius abgesehen, der mit dem Fallschirm über dem Emsland absprang, sich nach Bochum durchkämpfte und dort noch vor der Besetzung sich am Wiederaufbau der Arbeiterbewegung beteiligte<sup>38</sup>, trafen die Emissäre aus London, die natürlich weitaus mehr taten als das, worauf das OSS sie hatte begrenzen wollen, erst Ende März und im April in Deutschland ein. Ihr Einfluß auf den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften kann insgesamt gar nicht überschätzt werden, doch in Aachen waren sie offenbar noch nicht präsent.

Nimmt man all dies zusammen, berücksichtigt die denkbare Verbindung zum CALPO, handelt es sich bei der Aachener Gewerkschaftsgründung offenbar um eine selbständige, an die illegale Arbeit früherer Funktionäre der freien Gewerkschaften anknüpfende Reorganisation der deutschen Gewerkschaften, die keinen Anstoß von außen brauchte, um ihren Willen zum einheitlichen Aufbau zu dokumentieren.

Die Aachener Gewerkschaften wurden nicht „von unten“, sozusagen aus den Betrieben heraus, neugegründet, sondern von den früheren „Kadern“ der Gewerkschaften und Parteien. Das war wohl das am weitesten verbreitete Muster einer Neugründung, wenn es auch andere Beispiele gab, bei denen die „alten“ Funktionäre explizit abgelehnt wurden.<sup>39</sup> Grob gesagt, waren die Neugründungen um so sozialdemokratischer geprägt, je mehr die Gründungen

<sup>35</sup> Arbeiterinitiative 1945, S. 82-104.

<sup>36</sup> Ulrich Borsdorf, Lutz Niethammer (Hg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 213 und 321 (Anm. 65).

<sup>39</sup> So zum Beispiel in Hamburg, vgl. Arbeiterinitiative 1945, S. 305-329 (verfaßt von Holger Christler).

personell an die Organisationen der Weimarer Zeit anknüpften; und sie waren am ehesten kommunistisch dominiert, wenn die Betriebe Ausgangspunkt der Reorganisationsbestrebungen waren. Unter amerikanischer Besatzung, die zunächst einen Neuaufbau der Gewerkschaften aus den Betrieben heraus befürwortete, führte das oft zu der von nur einigen US-Offizieren bewußt geförderten Folge, daß Kommunisten die Oberhand bekamen. Die Stärke des christlichen Elements war abhängig von dem regional sehr unterschiedlichen Gewicht der früheren katholischen Arbeiterbewegung. Es überrascht also nicht, wenn es im Rheinland stärker hervortrat als in anderen Teilen des Landes. Die den Umgang mit Gewerkschaften und Betriebsräten etwas besser gewohnten Briten, die ja im Nordwesten Deutschlands den Amerikanern als Besatzungsmacht nachfolgten, setzten gern auf die alten Funktionäre, zumal wenn sie von Anfang an so unumstritten waren wie zum Beispiel Hans Böckler in Köln.

Hans Böckler, ehemaliger Betriebsleiter des ADGB in Rheinland-Westfalen-Lippe, war es denn auch, der vom Frühsommer an, trotz der immer noch zögerlichen Behandlung des Gewerkschaftsaufbaus durch die – nun britischen – Besatzungsbehörden, der wiederentstehenden Organisation Kontur gab. Sein Plan jedoch, den Aufbau zentralistisch zu gestalten, lehnten die Briten ab, er war für ihre Begriffe von gewerkschaftlicher Demokratie zu nahe an der DAF. Die Briten beharrten auf einem langsamen, von unten vorangetriebenen Aufbau von selbständigen Verbänden, die sich in Form einer Föderation zusammenschließen sollten. Auch bei führenden Repräsentanten der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie etwa August Schmidt in Dortmund oder Franz Spliedt in Hamburg, gab es Vorbehalte gegen Böcklers, aus ihrer Sicht allzusehr die Stärke der Zentrale betonenden, Organisationsplan. Erst als eine Delegation des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, sich auch auf die Position der britischen Militärregierung stellte und der Hamburger Spliedt ihnen dabei assistierte, gab Böckler nach, um die Blockade vor dem überregionalen Wiederaufbau der Einheitsgewerkschaft fortzuräumen. Peter Spiegelmacher, einer der Aachener Mitbegründer, beschreibt diesen Vorgang aus der Rückschau so: „Später haben die damaligen Gewerkschaftsführer in den bittern Apfel gebissen und sich in Industriegewerkschaften aufgeteilt und so mußte der Laden leider laufen.“<sup>40</sup> Es sollte noch eineinhalb Jahre dauern, bis 1947 der DGB-Britische Zone gegründet werden konnte und erst, als die meisten wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bereits gefallen waren, konnte der DGB entstehen.

Die Aachener Gewerkschaftsgründung ist nur ein Beispiel dafür, wie die Wiedergründung der Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft verlaufen

<sup>40</sup> Information von Peter Spiegelmacher (Anm. 12).

konnte. Die Konstellationen und Prozesse bei der Wiedergründung der Gewerkschaften waren lokal und regional sehr unterschiedlich. In Aachen finden sich gewissermaßen modellhaft die politischen und strukturellen Merkmale und Probleme, denen sich die deutschen Gewerkschaften nach innen und außen in der Folgezeit stellen mußten: Der Konflikt mit der Militärregierung um eine Organisationsform, die von dieser abgelehnt wurde, der Binnenkonflikt um politischen Einfluß und das Verhältnis zu den Parteien, das Ringen um Entnazifizierung und Strukturreformen in der Wirtschaft. Unumstritten war der – trotz aller Schwierigkeiten und Differenzen – überall verbreitete Wille zur Einheit. Ihm zum erstenmal organisatorischen Ausdruck gegeben zu haben, darauf haben die Aachener Gewerkschaftsgründer im Nachkriegsdeutschland das Erstgeburtsrecht.

### „... als wenn die Betriebe unser wären“ – Eine „Betriebsräte-Konferenz“ in Bochum im April 1945\*

Am 8. Mai, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, hatten in zahlreichen Betrieben in Deutschland Betriebsausschüsse bereits ihre Arbeit (wieder) begonnen. Vielfach durch Zuruf aus der Belegschaft bestimmt, arbeiteten sie zunächst (bis zur Verkündung des Betriebsrätegesetzes des Alliierten Kontrollrats vom April 1946) ohne gesetzliche Grundlage, orientierten sich gemeinhin an der Praxis der Weimarer Republik (Betriebsrätegesetz von 1920) und waren wohl, zumindest in den

\* Wichtige neuere Literatur zum Thema „Gewerkschaften und Betriebsräte nach 1945“:  
Brandt, Peter: Betriebsräte, Neuordnungsdiskussion und betriebliche Mitbestimmung 1945-1948. Das Beispiel Bremen, in: JWK, 20. Jg. (1984), H. 2., Juni, S. 156-201;  
Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1982;  
KleBmann, Christoph: Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5, hrsg. von Heinrich A. Winkler, Göttingen 1979, S. 44-73;  
ders., Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945-1952, in: Vierteljahreshfte für Zeitgeschichte, 31. Jg. (1983), 2. Heft, April, S. 272-307;  
Lademacher, Horst (Hrsg.): Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt. Die Politik der American Federation of Labor nach dem II. Weltkrieg, Melsungen (Schwartz) 1982;  
Niethammer, Lutz/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal (Hammer) 1976;  
Niethammer, Lutz (Hrsg.): „Hinterher weiß man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 2), Berlin-Bonn (Dietz) 1983;  
Plato, Alexander von: „Der Verlierer geht nicht leer aus“. Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin-Bonn (Dietz) 1984.

Industrievierteln, *die* kompetente und handlungsfähige Instanz in den Trümmern und in der Unsicherheit zwischen Kriegsende und Wiederaufbau.

Insbesondere im Ruhrgebiet und hier wiederum im Bergbau hatten die Betriebsräte eine starke Position: Die Zechen waren – nicht zuletzt aufgrund des spontanen Einsatzes von Arbeitern – in vielen Fällen noch funktionsfähig und die Kohleförderung war eine Grundvoraussetzung sowohl für die Versorgung der Besatzungstruppen wie der Bevölkerung. Insofern ließen Amerikaner und Engländer, die ansonsten, ebenso übrigens wie Franzosen und Russen, spontanen Organisationsversuchen aller Art reserviert gegenüberstanden und z. B. die politischen Aktivitäten der „Antifa-Ausschüsse“ eindämmten, gegenüber diesen betrieblichen Initiativen eine gewisse Großzügigkeit walten. Sie entsprachen auch in etwa den frühen Gewerkschaftsrichtlinien der amerikanischen Militärregierung, nach denen betriebliche Wahlen und Organisationen der Arbeitnehmer als Grundform für spätere Gewerkschaften zu fördern seien. Nach einem „Schwenk“ in ihrer Gewerkschaftspolitik legten die Amerikaner ab Anfang 1946 entscheidenden Wert auf den außerbetrieblichen Aufbau von Gewerkschaften unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger (insbesondere sozialdemokratischer) Gewerkschaftsfunktionäre – ausgehend von der örtlichen Ebene. Die Dualität von Gewerkschaft und Betriebsrat, die der deutschen Tradition entsprach, und die auch 1945 bei den Arbeitern nicht in Vergessenheit geraten war, paßte im Grunde ebensowenig in dieses Konzept wie betriebliche Vertretungen mit z.T. weitreichenden allgemeinpolitischen Ansprüchen. Infolgedessen wurden die Betriebsräte von den Amerikanern in ihrer Arbeit nicht weiter gefördert.

Damit ist der Entwicklung allerdings vorausgegriffen: Einstweilen erwarteten viele Menschen viel von den Betriebsräten.

Die meisten Betriebsräte selbst sahen in der Entlassung bzw. Bestrafung notorischer und berüchtigter Nationalsozialisten, insbesondere in führenden betrieblichen Positionen, eine ihrer vorrangigen Aufgaben. Die Nazis wurden häufig zu Aufräumarbeiten verpflichtet. Wurde diese Funktion durch das Betriebsrätegesetz von 1946 zunächst noch sanktioniert, so rückten schon bald nicht wenige dieser einschlägig Vorbelasteten, mit Billigung der Besatzungsmächte wieder in ihre Positionen ein, weil ihr Sachverstand angeblich unverzichtbar war.

Ihre Hauptaufgabe sahen und hatten die Betriebsräte allerdings zweifellos in der Versorgung der Belegschaft und ihrer Familien, und zwar mit allem Lebensnotwendigen: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheitsversorgung. Auf diesem Gebiet vor allem haben sie Großartiges geleistet und mit dieser

Leistung, die vielen Menschen unmittelbar und merklich half, haben sie sich wohl einen bleibenden Platz im kollektiven Gedächtnis – etwa der Ruhrgebietsbewohner – geschaffen.

Die Management-Leistung, die manche Betriebsräte erbrachten, indem sie z. B. Schachtanlagen vor dem „Absaufen“ retteten oder indem sie die Funktion ehemaliger „Betriebsführer“ einnahmen, hat nicht solch eine bleibende Wirkung erzeugt. Zwar hat sie im Montanbereich zunächst zu, von den Engländern getroffenen, weitreichenden Mitbestimmungsregelungen für die Betriebsräte geführt, aber diese konnten 1951 nur mit größter Mühe in deutsches Recht überführt werden und sind seitdem einem ständigen, von Unternehmerseite aktiv geförderten Erosionsprozeß unterworfen.

Glücklicherweise ist die Entwicklung in der Lohn- und Arbeitszeitfrage günstiger verlaufen. Gegen die „eigenmächtige“ Einführung der 8-Stunden-Schicht im Bergbau schritt zwar zunächst die Militärregierung ein, aber die Arbeitszeitfrage führte im weiteren Verlauf der Entwicklung nicht zu ähnlichen prinzipiellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen wie in der Weimarer Republik. Ähnliches gilt für die Lohnentwicklung.

Aber die Betriebsräte haben in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur für die betriebliche und tarifliche Weiterentwicklung Grundlagen gelegt, sie haben auch für die gewerkschaftliche Organisation Grundlegendes geleistet. Der Wunsch und das Verlangen nach einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation, die die verhängnisvolle Spaltung der Weimarer Republik überwinden würde, waren allgemein verbreitet. Da die Militärregierung überregionale gewerkschaftliche Neugründungen lange Zeit verbot, waren die betrieblichen Ansätze zu einheitsgewerkschaftlichen Formen von großer Wichtigkeit.

Mit der Legalisierung und Stärkung der überregionalen Gewerkschaftsorganisation verlagerte sich natürlich ein Teil der Aufgaben aus den Betrieben. Anders als nach 1918, als Gewerkschaften und Betriebsräte zunächst als konkurrierende Organisationen verstanden wurden, verlief diese Entwicklung weitgehend reibungslos, ergänzten sich von da an Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit.

Die unmittelbare Nachkriegssituation in den Betrieben, die hier nur in einigen wenigen Strichen angedeutet werden konnte, läßt sich beispielhaft an dem Protokoll einer Sitzung von „Betriebsräten“ ablesen, die am 23. April 1945 auf der Zeche Prinzregent in Bochum stattfand. Bereits 13 Tage nach der Besetzung dieser Stadt trafen sich gewählte Vertreter von 10 Bochumer Zechen

(nebst einigen Gästen) um aktuelle und grundsätzliche Fragen zu erörtern. Das Protokoll, eine Rarität aus diesen frühen Tagen, führte Heinrich Weeke, der Vertreter von Prinzregent, der 1919 als junger Mann Vorsitzender des Arbeiterrates in Essen-Steele gewesen war.

Mit solcher personeller Kontinuität mag der Hochruf auf die „Rote Armee“ zu erklären sein, der das Dokument beschließt: Als Antwort auf den reaktionären Kapp-Putsch von 1920 gegen die Republik hatte sich im Ruhrgebiet eine Aufstandsbewegung der Arbeiter, „Rote Armee“ genannt, gebildet, die sich zwar blutige Ausschreitungen zuschulden kommen ließ und die dann ebenso blutig niedergeschlagen wurde, sich aber womöglich gerade deshalb in der Erinnerung vieler Arbeiter gehalten hatte, die die damals noch einmal kurz wiederbelebte Rätebewegung als Ansatz zur Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung empfunden haben mochten.

Daß es auch in der Umbruchphase unmittelbar am Ende des Zweiten Weltkriegs ein zentraler Wunsch vieler Arbeiter war, eine politisch wie gewerkschaftlich geeinte Arbeiterbewegung zu schaffen, läßt das vorliegende Dokument ebenso erkennen wie die Gefahren der politischen Instrumentalisierung dieses Wunsches.

Hans O. Hemmer

## Protokoll der Konferenz vom 23. April 1945 in der Anlernwerkstatt der Zeche Prinzregent, Bochum<sup>1</sup>

### Tagesordnung:

1. Bericht über die allgemeine und betriebliche Lage
2. Knappschaftsfragen
3. Allgemeines
  - a) Stellungnahme zur Organisation
  - b) Wahl eines Vorstandes
  - c) Arbeitszeit
  - d) Verschiedenes

Die Konferenz wurde von dem Obmann der Schachtanlage Prinzregent, *Schürmann*, um 11 Uhr mit dem Bergmannsgruß „Glückauf, Kameraden!“ und einem herzlichen Willkommen für die Gäste eröffnet.

<sup>1</sup> Das Dokument stammt aus dem Nachlaß des Protokollanten Heinrich Weeke. Ulrich Borsdorf und ich haben diese Materialien Anfang der siebziger Jahre von Weeke erhalten, der, geboren 1887, in der Zeit von 1903 bis 1919 Bergmann und von 1919 bis 1933 Bibliothekar des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes für das Archiv der IG Bergbau und Energie in Bochum war. Das Dokument, das hier – bis auf die Anwesenheitsliste – vollständig abgedruckt wird, ist in der Originalfassung wiedergegeben. Die Schreibweise der Eigennamen wurde ebenso beibehalten wie eine hier und da ungewöhnliche Orthographie.

Er gedachte zunächst der Toten, die während der zwölfjährigen Naziherrschaft ihr Leben lassen mußten, – die in Konzentrationslagern ermordet, erschlagen und erschossen wurden, die man verhungern liess, die gequält wurden und umgekommen sind. Im Namen aller seien nur zwei genannt: Der frühere Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes Fritz Husemann und der Funktionär der KPD Karl Springer.<sup>2</sup> Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Toten von ihren Plätzen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Kamerad Schürmann ungefähr Folgendes aus:

Jetzt, nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft, wo alles drunter und drüber geht, wo keine Behörde mehr vorhanden ist, wo keiner noch aus und ein weiss, haben sich in den Betrieben die alten Funktionäre der Gewerkschaften wieder in die Bresche geworfen, um zu retten, was noch zu retten ist. Sie sind teilweise durch Zuruf ernannt oder auch gewählt worden. Wir von Prinzregent als die stärkste Anlage haben es für notwendig gehalten, die heutige Konferenz einzuberufen, um innerhalb der Gruppe Bochum der G. B. A. G.<sup>3</sup> und ihrer näheren Umgebung auf einer einheitlichen Grundlage vorzugehen und nach einheitlichen Richtlinien zu arbeiten. Ich bitte, dass nach meinen Ausführungen die einzelnen Kollegen der Schachtanlagen Bericht darüber geben, wie es bei ihnen aussieht. Wir sind nicht nur Betriebsfunktionäre, sondern man kommt mit allen möglichen Fragen zu uns und will, dass geholfen wird, will Auskunft haben, da ja jede Behörde dafür fehlt. Wir müssen uns um die notleidende Bevölkerung kümmern. Die Ernährung für die Arbeiter unserer Schachtanlagen muss sichergestellt werden. Im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht wollen wir alles tun, um diese schwere Übergangszeit reibungslos zu überwinden. Besonders im Bergbau kommt es darauf an, dass zusammen gearbeitet wird. Die Stromversorgung muss sichergestellt werden. Es dürfen keine Pütte versaufen. Von uns aus haben wir als Notstandsmaßnahme am ersten Sonntag nach der Besetzung eine Pflichtschicht eingelegt, damit die Bäcker Strom hatten, um Brot backen zu können und auch nicht eine Anzahl Zechen zum Erliegen kam. Unsere Direktion arbeitet mit uns so ziemlich Hand in Hand. Mit ihrer Zustimmung haben wir einige Entlassungen vorgenommen. Wir müssen im Bergbau alle an einem Strick ziehen. Auch um die Polizei müssen wir uns kümmern. Von uns aus müssen wir der Besatzungsbehörde Leute nennen, auf die wir uns verlassen können und die auch wirkliche Antifaschisten sind.

<sup>2</sup> Fritz Husemann (1873-1935) war von 1919 bis 1933 Vorsitzender des Bergbauindustriearbeiter-Vorbandes („Alter Verband“), 1919 Mitglied des preußischen Landtages und seit 1924 Reichstagsabgeordneter der SPD. Seit März 1933 wurde Husemann mehrfach verhaftet. Am 15. April 1935 wurde er im KZ Esterwegen von den Nazis ermordet. Seine Beisetzung am 26. April 1935 in Bochum wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration der Solidarität. Zur Situation des „Alten Verbandes“ 1933 und zu Husemann siehe: 11. März 1933. Ein Tag der Mahnung, herausgegeben von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum 1983.

3 Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Essen, gegründet 1873 wurde das Unternehmen von Emil Kirdorf zum größten Montan-Konzern des Kontinents ausgebaut. Die GBAG war maßgeblich an der Gründung des „Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats“ (1893) und der „Vereinigten Stahlwerke“ (1926) beteiligt. 1933 wurde die GBAG mit den „Vereinigten Stahlwerken“ und einem weiteren Montanunternehmen fusioniert. Nach 1945 wurde die GBAG entflochten: Drei Gruppen (Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund) wurden unter einer Holdinggesellschaft, die wieder den Namen GBAG trug, zusammengefaßt (1953). Zur Entwicklung der GBAG im einzelnen s. Gerhard Gebhardt, Essen 1957, S. 194 ff.

Der Vertreter *Sieberg* von *Dannenbaum* berichtet: Wir haben denjenigen, die sich an Gefangenen vergangen haben, verboten, weiterhin die Schachanlage zu betreten. Weniger Belastete (*Steiger*) haben wir in Arbeit getan. Einige Entlassungen haben auch wir vorgenommen. In einer Sitzung, die von Generaldirektor Momertz einberufen war und an welcher auch Direktor Kayser teilnahm, wurde uns erklärt, so könne das nicht weitergehen. Unsere Erklärung war, für jeden, den wir abgesetzt hätten, hätten wir eine andere Fachkraft eingesetzt. Wir arbeiten mit Prinzregent in dieser Beziehung zusammen nach einheitlichen Richtlinien und lassen uns davon nicht abbringen. Die Direktion gab am Schluss zu verstehen, dass sie gewillt sei, mit uns zusammen zu arbeiten. Wir haben uns also durchsetzen können. In die Polizei haben wir auch unsere Leute hereingebracht, ebenso in andere Wirtschaftskörper. Auch unsere Knappschaftsältesten haben wir eingesetzt.

*Bergmann, Engelsburg*: Unser Bürgermeister ging dem ersten Panzer mit der weisen Fahne entgegen. Als Vertreter der Bevölkerung schlug er einen Nazi vor, ebenso bei der Polizei. Wir haben diese Leute fortgejagt und einwandfreie Persönlichkeiten hierfür eingesetzt. Die Besatzung hat unsere Maßnahmen für richtig befunden. Ebenso ist es auf der Schachanlage. Der Betriebsführer wird nicht mehr geduldet. Alle Angestellten können wir nicht verjagen. Die Nazis jedoch, welche sich besonders hervorgetan und an Kriegsgefangenen und auch an Deutschen vergangen haben, werden im Einverständnis mit der Besatzung beseitigt.

*Meinert, Klosterbusch*, ersucht, ihn in seiner abgelegenen Ecke an der Ruhr von allem zu unterrichten und ihn zu den Sitzungen hier in Bochum hinzuzuziehen.

*Freischläger, Bruchstraße*: Wir haben in der gestrigen Belegschaftsversammlung unsere Vertreter gewählt. Die Belegschaft will den Assessor Brenken nicht mehr sehen. Er ist denn auch gegangen. – In der Gewerkschaftsfrage wird eine Spaltung nicht geduldet. Beiträge werden wie bisher abgehalten. Auch den 1. Mai feiern wir. Aus einer Strafkompagnie, die wir zusammengestellt haben, schicken wir eine Anzahl Nazis zum Zuwerfen von Bombentrichtern usw. Bei uns wurden auch einige Steiger entlassen. Auch bei der Polizei haben wir uns Geltung verschafft.

*Gemser, Friedlicher Nachbar*: Ich bin zum Betriebsführer gegangen und habe ihm erklärt, dass auf der Anlage ein anderer Kopf gebildet werden müsse. Er war einverstanden. In der anschließenden Belegschaftsversammlung sind unsere Leute gewählt worden. Der Betriebsführer macht nichts, ohne uns vorher zu fragen. In der Polizei sind zwei Leute, die wir gestellt haben.

*Peuler, Carolinenglück*: freut sich darüber, dass Schürmann von Prinzregent die Konferenz einberufen hat und damit Gewähr für einheitliches Handeln gegeben ist. Wir haben einen Betriebsausschuss von 6 Kameraden gebildet. Auch einen Werk-schutz haben wir eingerichtet. Kohlen können wir noch nicht fördern, da unsere Anlage durch das Bombardement schwer mitgenommen ist. Für die Aufräumarbeiten haben wir die 6-Stunden-Schicht eingeführt. Um politische Angelegenheiten, Polizei u. s. w. kümmern wir uns nicht. Diese überlassen wir den politischen Parteien. In der Gewerkschaftsfrage muss eine einheitliche Regelung erfolgen.

*Schmidt, Dahlhauser Tiefbau*: Bei uns haben die Russen<sup>4</sup> schon gute Vorarbeit geleistet.

<sup>4</sup> Gemeint sind offensichtlich russische Kriegsgefangene.

stet. Die haben den Betriebsführer „gerade stehen“ lassen. Auch wir haben einen Ausschuss gebildet und mit der Besatzung über die weitere Arbeit auf unserer Schachanlage verhandelt. Arbeiten, die über unseren Betrieb hinausgehen, haben wir noch nicht übernommen. Aber auch diese müssen wir in die Hand nehmen und später eine grössere Konferenz machen. Heute schon müssen wir entsprechende Beschlüsse fassen. Auch betreffs der Gewerkschaftsfrage. Diese können dann der nächsten grossen Konferenz und der Besatzungsbehörde als fester Plan vorgelegt werden. Eine „Allgemeine Arbeitergewerkschaft“, Gruppe Bergbau, muss bereits heute konstituiert werden. Mit klaren Richtlinien können wir dann vor die Öffentlichkeit und die Besatzung treten. Auch in der Arbeitszeitfrage müssen wir einheitlich vorgehen und entsprechende Beschlüsse fassen, damit sich alle Schachanlagen danach richten können. Ich schlage vor, dass die tarifliche 7-Stunden-Schicht wieder eingeführt wird. Über den Bochumer Bezirk hinaus müssen wir das ganze Ruhrgebiet erfassen.

*Buchner, Gast:* Die soziale Republik hat uns das nicht gebracht, was wir als Arbeiter erhofften. Dadurch kam die Spaltung in der Arbeiterschaft. Als Hitler kam, hofften viele, es würde besser werden. Aber das Gegenteil ist eingetroffen. Er hat uns in das allergrößte Elend geführt, das je da war. Wir sind so oft betrogen worden und müssen jetzt handeln. Ich schlage nur eine „Antifaschistische Partei“ oder die KPD vor. In der Gewerkschaftsbewegung schlage ich auch eine „Einheitsfront der Deutschen Arbeiter“ mit den einzelnen Gruppen Bergbau, Metallindustrie usw. vor. Auch am 1. Mai müssen wir etwas machen. Wir werden eine Zeitung herausgeben. Die Besatzung hat uns erklärt, politisch dürften wir noch nichts tun. Nur Vorbereitungen könnten getroffen werden. Von Moskau haben wir bereits schon einen Kommissar hier.<sup>5</sup>

*Wolf, Fröhliche Morgensonne,* schlägt auch die Einheitsgewerkschaft mit den Untergruppen Bergbau, Metallarbeiter usw. vor. Die tarifliche 7-Stunden-Schicht darf nur in Frage kommen. Sie muss wieder im Bergbau eingeführt werden.

*Böcker, Metallarbeiter:* Die gewerkschaftliche Frage muß jetzt nur im Vordergrund stehen. Die politische Richtung kommt dann von selbst. Diese schält sich schon heraus.

Hierauf Verpflegungspause von ½ 2 - 2 Uhr.

Nach der Verpflegungspause wird Punkt 2 der Tagesordnung „Knappschaftsfragen“<sup>6</sup> behandelt.

*Schürmann* erklärt hierzu: Wir haben, da nur wir hier auf Prinz Regent arbeiteten, Burmeister im Auftrage der versicherten Bergarbeiter bei der Ruhrknappschaft als unseren Vertrauensmann eingesetzt. Es konnte nicht gezögert werden, sondern es musste im Interesse der versicherten Knappschaftsmitglieder unverzüglich gehandelt werden.

<sup>5</sup> Die Vermutung, daß es sich um einen Abgesandten des ZK der KPD handeln könnte, das bis 1945 seinen Sitz in Moskau hatte, wird – etwa durch den Hinweis auf ähnliche Fälle – durch die Literatur, z. B. Müller, Werner: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt/New York 1979, nicht gestützt.

<sup>6</sup> Die Knappschaftsfrage, d. h. sämtliche Kranken- und Altersversorgungsangelegenheiten der Belegschaften, spielt traditionell eine zentrale Rolle für die Bergleute.

Das Wort erhält *Burmeister, Ruhrknappschaft*. Er führt aus: Da wir die Dinge allein meistern müssen ergibt sich für uns eine gewaltige Aufgabe. Dem Unternehmen müssen und haben wir unsere Ansicht aufgezwungen. Ich stehe auf dem Boden des Klassenkampfes. Wir haben den Kopf der Knappschaft gebildet. Die Unternehmer haben nur die Beiträge abzuführen. Mitzubestimmen im Vorstand haben sie nicht. Um festzustellen, wie es mit den Angestellten der Knappschaft steht, haben wir Fragebogen herausgegeben, um ihre Zugehörigkeit zu den Naziorganisationen zu klären. Ich habe die Leute zunächst mit Aufräumungsarbeiten und mit Beseitigen der Trümmer beschäftigt. – Die Knappschaftsältesten, von uns eingesetzt, werden in den nächsten Tagen ihre Arbeit anstelle der Nazis aufnehmen. Auch die Ärztefrage müssen wir in den allerersten Tagen in Angriff nehmen, damit die Faschisten verschwinden. Von uns aus muss und wird ein Oberarzt eingesetzt, der auch wirklich im Interesse der Kranken arbeitet. Auch die Apothekerfrage muss erledigt werden. Es dürfen nur solche Medikamente geliefert werden, die wirklich etwas wert sind. Die Krankenhäuser und Kuranstalten der Knappschaft müssen aufgesucht und kontrolliert werden. Das Unternehmerorgan, die Knappschaftsberufsgenossenschaft, muss auch unter unsere Kontrolle kommen und einheitlich mit der Knappschaft verwaltet werden. Die oberen Grubenangestellten haben 60% ihres Gehaltes an Pension bekommen. Die Reichsversicherungsbehörden lehnen wir ab. Wir Bergleute können selbst entscheiden. – Die Finanzlage der Knappschaft ist äusserst trübe. Zuschüsse, die bisher vom Reich gezahlt wurden, aus der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenfürsorge usw. bleiben aus. Einen vollständigen Bankrott der Knappschaft haben uns die Nazis hinterlassen. Es können keine Renten gezahlt werden, evtl. nur gekürzt, oder die Unternehmen übernehmen die Zuschüsse. Wir haben nur eine Beitragseinnahme von 8 Millionen Mark und dagegen 22 Millionen Mark als Ausgabe. Mit den Unternehmen sollen Verhandlungen angebahnt werden. Die müssen helfen. Zuerst eine Abgabe pro Tonne geförderte Kohlen. – Wie man sieht, ist es eine gewaltige Aufgabe, hier aus dem Dilemma herauszukommen. Es wird und muss uns gelingen, das Knappschaftsorgan im Sinne der Bergarbeiter zu verwalten. Auch das Organ der Angestellten des Bergbaus wird geschaffen. Ich bitte um allseitige Mithilfe.

Es wird nun zur Behandlung des Punktes 3 a dieser Tagesordnung „Stellungnahme zur Organisationsfrage“ geschritten.

*Schürmann* führte hierzu aus: Ich halte es für angebracht, eine Industriearbeiterorganisation mit den Gruppen Bergbau, Metall, Transport usw. zu bilden. Die Betriebsorganisation ist die Grundlage, auf der wir aufbauen müssen. Von jeder Schachanlage und jedem Betrieb soll ein Mann als Vertreter in die Dachorganisation entsandt werden. Diese Vertreter bilden den Ausschuss und wählen dann unter sich den Vorsitzenden. Wir an der Ruhr haben früher den Anstoss zur Organisation gegeben, und draussen im Reich wird man verstehen, dass wir Bergleute an der Ruhr wieder den Anstoss zum Zusammenschluss geben. Im Grossen gesehen, sind wir hier im Ruhrrevier mehr verschont geblieben als die anderen im Reich. Es ist deshalb zu verstehen, wenn von uns aus der Ruf erschallt: „Arbeiter, organisiert Euch!“

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Kameraden Sieberg, Meinert, Schmidt und Burmeister beteiligen, wird beschlossen, einen Einheitsverband, den „Allgemeinen Industriearbeiterverband“ zu bilden. Auf Vorschlag von *Schürmann* sollen für den Bergbau im Laufe der Woche dann Belegschaftsversammlungen stattfinden,

um die Organisation für die Gruppe Bergbau zu schaffen. Er bittet um Vorschläge für den Beitrag.

*Schmidt, Dahlhauser Tiefbau:* Die Beiträge in derselben Höhe wie jetzt sollen Richtschnur sein und wie bisher vom Unternehmer abgehalten werden.

*Schürmann* schlägt vor, dass die Sätze der DAF<sup>7</sup> weiter abgehalten werden. Alle sind einverstanden.

Zu Punkt 3 b „*Wahl des Vorstandes*“ werden auf Vorschlag von *Freischläger* einstimmig 5 Mann für den Kopf des Industriearbeiterverbandes gewählt, und zwar die Kameraden *Schürmann, Böcker, Wolf, Sieber und Hegemann*.

Zu Punkt 3 c „*Arbeitszeit*“ erklärt *Meinert, Klosterbusch:* Die Besatzung sagt, dass die Arbeitszeit wie vor 1935 infrage kommt. Auch ist im alten Tarifvertrag die 7-Stunden-Schicht verankert. – Es wird beschlossen, dass prinzipiell für die Untertage die 7- und für Übertage die 8-Stunden-Schicht eingeführt wird.

Unter Punkt „*Verschiedenes*“ wird beschlossen, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Wir wollen auch keine Bezahlung.

*Schürmann* zum Schluss: Im zukünftigen Staat wird es auch einen Unternehmer wie bisher nicht geben. Wir müssen uns alle so einstellen und so arbeiten, als wenn die Betriebe unser wären.

*Hoch die klassenbewusste Arbeiterschaft! Hoch die rote Armee!*

Schluß 5 Uhr

Der Schriftführer  
Heinr. Weeke

---

7 Deutsche Arbeitsfront, nationalsozialistischer Verband von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Zwangsmitgliedschaft – wurde durch Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10. 10. 1945 aufgelöst.

---

Herausgeber: Bundesvorstand des DGB, Redaktion: Hans O. Hemmer (Chefredakteur, verantwortlich), Ingeborg Wahl-Homann, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30, Telefon 02 11/4 30 11, Postanschrift: Postfach 26 01, 4000 Düsseldorf 1, Fernschreiber 8 58 48 22 a; Bund-Verlag GmbH, Postfach 90 08 40, 5000 Köln 90, Telefon 022 03/3 00 30, Fernschreiber 08 8 73 36 2, Verlagsleitung: Tomas Kostia, Druck: Industriedruck Krefeld, Verantwortlich für Anzeigen: Karl-Heinz Antonl.  
Vierteljahresabonnement: 22,- DM (Studentenpreis: 19,50 DM), Einzelheft 7,80 DM einschließlich 7% Umsatzsteuer. Abbestellungen zum Jahresende mit sechswochenfrist. Die zur Abwicklung von Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet. ISSN 0016-9447.